



Zwischenbericht 2009

Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf November 2009

www.im.nrw.de

Inhaltsverzeichnis

1	Entwicklungen im Extremismus.....	3
1.1	Entwicklungen im Rechtsextremismus	3
1.2	Linksextremismus	5
1.3	Extremismus von Ausländern	6
1.4	Islamismus	6
1.5	Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität – Bericht des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen	8
2	Rechts- und linksextremistische Organisationen im „Superwahljahr 2009“.....	18
3	Ein- und Ausstiegsprozesse aus dem Rechtsextremismus	26
4	Internet der Grauen Wölfe.....	30
5	Jugendliche im Fokus islamistischer Propaganda.....	42
6	Der zweite Wirtschaftsschutztag.....	48
7	Scientology	50

1 Entwicklungen im Extremismus¹

1.1 Rechtsextremismus

Die Aktivitäten der vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien und Gruppierungen standen ganz im Zeichen der drei Wahlen dieses Jahres; im Zuge der Wahlkämpfe haben sie deutlich mehr Mahnwachen, Infostände und Demonstrationen durchgeführt als im Vorjahr. Dabei kam es – vorwiegend in Städten – zu verbalen und manchmal auch zu gewalttätigen Konfrontationen mit politischen Gegnern. Dies ist Ausdruck der schon im letzten Jahr zunehmenden Rechts-Links-Konfrontation in der politischen Auseinandersetzung. Mehr zum Abschneiden der beobachteten Parteien und Gruppierungen ist im Kapitel 2 dargestellt.

Anti-Islamisierungskongress von "pro Köln" vom 8. bis 10. Mai 2009 in Köln

"Pro Köln" und "Pro NRW", bei denen **Anhaltspunkte für den Verdacht** extremistischer Bestrebungen bestehen, führten vom 8. bis 10. Mai 2009 in Köln mit Unterstützung der ausländerfeindlich und separatistisch orientierten belgischen Regionalpartei "Vlaams Belang" (Nachfolgeorganisation des rechtsextremistischen "Vlaams Blok", dessen Programm vom belgischen obersten Gerichtshof als diskriminierend und rassistisch eingestuft wurde) sowie verschiedenen weiteren europäischen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Organisationen erneut einen sogenannten „Anti-Islamisierungskongress“ durch.

Bei der Hauptkundgebung und bei einzelnen Rahmenveranstaltungen wurde den Vertretern der Veranstalter sowie den Repräsentanten verschiedener rechtsgerichteter Parteien aus dem Ausland ein Forum geboten. Beispielhaft dafür stand der von "pro Köln" groß angekündigte Auftritt der Vorsitzenden der ultrarechten tschechischen Partei „Narodni Strana“, die durch ihre Agitation gegen die in Tschechien lebenden Roma aufgefallen war und im Wahlkampf zur Europawahl die „Endlösung der Zigeunerfrage“ angekündigt hatte. Damit griff sie unmittelbar eine nationalsozialistische Formel auf, die vor und während des 2. Weltkriegs in den millionenfachen Mord an den europäischen Juden mündete.

Entgegen der Ankündigung, dass über 1.000 Teilnehmern erwartet würden, blieben sowohl die Veranstaltung von "pro Köln" und "Pro NRW" mit 250 bis 350 Personen als auch die Proteste – insbesondere der 50 bis 70 Personen starken linksautonomen Gruppierungen – deutlich hinter dem ersten „Anti-Islamisierungskongress“ im September 2008 zurück. Die auf der Homepage von "pro Köln" und den Werbeflyern als Redner angekündigten Europa-Parlamentarier blieben der Veranstaltung fern.

¹ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies ausdrücklich hervorgehoben.

Pro Köln: Niederlagen von "pro Köln" vor den Verwaltungsgerichten

Der weitgehend geräuschlose Verlauf dieser zweiten Veranstaltung dürfte auch damit zusammen hängen, dass es den Veranstaltern nicht gelungen ist, den zunächst ins Auge gefassten Veranstaltungsort im Herzen der Kölner Innenstadt durchzusetzen. Die Verwaltungsgerichte in Köln und Münster und das Bundesverfassungsgericht bestätigten eine Verfügung der Kölner Polizei, mit der aus Sicherheitsgründen ein anderer Versammlungsort festgelegt worden war.

In einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf wegen der Berichterstattung in den Verfassungsschutzberichten über die Jahre 2005 und 2006 stellte das Gericht mit Urteil vom 4. Dezember 2007 abermals fest, dass sich insbesondere aus Äußerungen in den ‚pro Köln-Infoblättern‘ sowie aus Artikeln, die sich im Archiv der Homepage von "pro Köln" befinden, Anhaltspunkte für den Verdacht von extremistischen Bestrebungen ergeben. In den Äußerungen von "pro Köln" seien Bekundungen enthalten, die im Hinblick auf die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot, den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung begründeten. So würden Ausländer beziehungsweise Migranten mit überwiegend drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt. Die uneingeschränkten, nicht relativierten Aussagen (Pauschalisierungen) ließen nur den Schluss zu, "pro Köln" wolle Ausländer generell sowie Personen bestimmter Volks- oder Religionsgruppen bewusst als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse darstellen und in der Bevölkerung Ablehnung und Hass gegenüber diesen Personen schüren. Gegen die Entscheidung hat das OVG Münster die Berufung nicht zugelassen, so dass sie nunmehr rechtskräftig ist.

Neonazi-Szene:

Demonstration am 4. April 2009 in Stolberg

Im April 2008 war in Stolberg ein 19-Jähriger durch einen Staatenlosen libanesischer Abstammung getötet worden. Obwohl kein politischer Hintergrund vorlag, wurde das Opfer durch die rechtsextremistische Szene als „Märtyrer“ instrumentalisiert und es kam im Jahr 2008 zu zwei größeren Demonstrationen mit insgesamt 1.150 Teilnehmern.

Am 4. April 2009 wurde eine – nunmehr jährlich beabsichtigte – Demonstration als „Gedenkveranstaltung“ unter dem Motto „Gegen Ausländergewalt und Inländerfeindlichkeit – Mord Wut Widerstand“ mit insgesamt 530 Personen des rechtsextremistischen Spektrums durchgeführt. Anmelder war der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Düren, als stellvertretender Versammlungsleiter fungierte der bei der Kommunalwahl für die NPD kandidierende Axel Reitz. Die angestrebte bundesweite Mobilisierung der Szene im Vorfeld schlug zur Enttäuschung der Organisatoren fehl. Dank der massiven Polizeipräsenz kam es zu keinen Ausschreitungen.

Gewalttätige Aktion am 1. Mai 2009 in Dortmund

Die für den 1. Mai 2009 ursprünglich in Hannover geplante Veranstaltung der Neonazi-Szene zum „Arbeiterkampftag“ wurde durch das OVG Niedersachsen und das Bundesverfassungsgericht rechtskräftig verboten. In Nordrhein-Westfalen war für diesen Tag eine Demonstration rechtsextremistischer „Freier Kräfte“ in Siegen angemeldet worden. Am 1. Mai 2009 versammelte sich eine stetig zunehmende Anzahl von Rechtsextremisten am Dortmunder Hauptbahnhof. Beabsichtigt war, mit dem Zug nach Siegen weiter zu fahren. Unvermittelt setzte sich jedoch die zwischenzeitlich auf über 300 Personen angewachsene Gruppe in Richtung Innenstadt in Bewegung. Es wurden Transparente entrollt, Feuerwerkskörper gezündet und Parolen gerufen.

Beim Zusammentreffen mit dem zeitgleich stattfindenden Demonstrationzug des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) kam es zu Angriffen auf Teilnehmer der DGB-Veranstaltung, zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu Sachbeschädigungen. Die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen dauern noch an.

Gerichtliche Bestätigung des Verbots der Vereine "Collegium Humanum"(CH) und "Bauernhilfe"

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 5. August 2009 die Klagen des in Vlotho ansässigen "Collegium Humanum" (CH) sowie des in Hessen ansässigen Vereins "Bauernhilfe e.V." (als Teilorganisation des CH) gegen die im Mai 2008 vom Bundesinnenministerium ausgesprochenen Verbote abgewiesen. Damit hat das Gericht bestätigt, dass das CH nach seinen Zwecken und seiner Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufe und sich zudem gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Darüber hinaus propagiere der Verein eine Vorbildwirkung des Nationalsozialismus, glorifiziere dessen maßgebliche Repräsentanten, verbreite antisemitische Thesen und verunglimpfe die bestehende demokratische Staatsordnung. Dies geschehe in der Absicht, die verfassungsmäßige Ordnung dauerhaft zu untergraben.

1.2 Linksextremismus

Linksautonomes Spektrum: Themenfeld Antirepression – Die "FreiRaum"-Kampagne

Wie bereits in Vorjahren fanden im Rahmen der sogenannten "FreiRaum"-Kampagne Hausbesetzungen und andere Aktionen statt. Ziel der Kampagne ist es in der Regel, auf lokaler Ebene ohne eigenen Finanzierungsaufwand einen Veranstaltungsort für selbstverwaltete Projekte zu erzwingen. Es sollen linksautonome Zentren, hilfsweise auch Soziale Zentren oder Stadtteilzentren, die von sozialen und karitativen Institutionen in Zusammenarbeit mit Strukturen der autonomen Szene bewirtschaftet werden, geschaffen werden. Vorsätzliche Rechtsbrüche im Zuge einer Hausbesetzung werden dabei bewusst mit ins Kalkül gezogen.

In Münster wurde ein zum Abriss stehendes Haus, in dem sich auch der linksautonome Szenetreff "Versetzt" befand, in der Silvesternacht 2008/2009 besetzt. Am 27. und 28. März wurde das Haus geräumt und der Abriss begonnen. Auch als Reaktion darauf wurde am 12. Juni 2009 ein leerstehendes Bürogebäude der Stadtwerke Münster im Mittelhafen ("Q8") besetzt. Räumung und Abriss erfolgten am 30. Juni 2009.

Die im April 2008 zur Nutzung als "öffentliches Zentrum für unkommerzielle Kultur und Politik" freigegebene "Schnapsfabrik" in Köln-Kalk hatte sich im weiteren Verlauf rasch als alternativer Veranstaltungsort etabliert. Nach der Feststellung baulicher Mängel ordnete die Stadtverwaltung die Räumung an. Gegen die Räumung wurde am 31. Januar 2009 eine "Tanzdemo" in Form einer Musikparty mit einzelnen Spracheinlagen auf dem Bahnhofsvorplatz veranstaltet. Mittlerweile wurde die "Schnapsfabrik" abgerissen. An die Räumung schloss sich eine weiter andauernde Kette von Veranstaltungen der "pyranha-Kampagne für ein autonomes Zentrum mit Tanzfläche" an, die sich am Rande öffentlicher Ruhestörung bewegten und in der Regel geduldet wurden, darunter eine Lesung in öffentlichen Verkehrsmitteln, ein "Umsonst-Flohmarkt" in einem Einkaufszentrum und "Finanztanz"-Aktionen mit der vorübergehenden Nutzung des unbesetzten Kreditkartenbereichs diverser Kreditinstitute. In einer weiteren "pyranha"- Aktion wur-

de ein leer stehendes Gebäude auf dem Gelände einer ehemaligen Tankstelle in der Nähe des Kölner Südbahnhofs im Rahmen einer "Wochenendbesetzung" für den Zeitraum vom 31. Juli bis 2. August 2009 für Partys und Workshops widerrechtlich zweckentfremdet. Im Anschluss daran fand eine Kundgebung statt, die von dort zum autonomen Zentrum "LC36" führte.

Auch in Nordrhein-Westfalen gab es Solidaritätskundgebungen für den Protest gegen die Räumung des "TopfSquat"-Geländes, einem Gelände der ehem. Fa. Topf & Söhne, am 16. März in Erfurt, die von gewalttätigen Auseinandersetzungen begleitet waren.

1.3 Extremismus von Ausländern

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Verhaftung von Abdullah Öcalan am 15. Februar gab es, wie in den zurückliegenden Jahren auch, eine Vielzahl von regionalen Gedenk- und Protestveranstaltungen durch dem KONGRA-GEL nahestehende Kurden.

Darüber hinaus wurde eine Reihe von Brandanschlägen, zu denen sich jugendliche Anhänger des KONGRA-GEL bekannten, verübt. Hierzu zählte unter anderem auch ein Anschlag auf das türkische Generalkonsulat in Düsseldorf am 3. Februar 2009, bei dem geringer Sachschaden entstand. Zu der Tat haben sich die Anhänger Öcalans auf der Internetpräsenz von www.rojaciwan.com bekannt, die als Sprachrohr der KONGRA-GEL-Jugendorganisation KOMALEN-CIWAN gilt. Auch diese, von der Europaführung des KONGRA-GEL möglicherweise geduldeten Gewaltausbrüche jugendlicher Öcalan-Anhänger gehören bereits seit längerem zum Repertoire des KONGRA-GEL und stellen weder eine neue Entwicklung dar, noch ist eine Intensivierung oder ein Abnehmen der Gewalttätigkeit festzustellen.

Was die in der zweiten Jahreshälfte von der türkischen Regierung begonnene Öffnung gegenüber den mit der PKK sympathisierenden Kurden an möglicher Beruhigung im Konflikt zwischen den separatistischen Kurden und dem türkischen Staat an Entwicklungen bringen wird, kann zurzeit noch nicht beurteilt werden.

1.4 Islamismus

Seit Anfang des Jahres haben islamistische Gruppierungen in bisher ungekanntem Ausmaß das Internet dazu benutzt, Drohbotschaften gegen Deutschland abzusetzen und jihadistische Propaganda zu verbreiten. In Audios und Videos, die auf einschlägigen Webseiten und Diskussionsforen eingestellt wurden, wurde von Seiten "al-Qaidas" und mit ihr verbundener Gruppierungen immer wieder der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr kritisiert und als Legitimation für Anschläge gegen Deutsche im In- und Ausland angeführt. Den vorläufigen Höhepunkt der Propagandaoffensive im Internet bildete das Video eines "al-Qaida"-Mitglieds, das kurz vor der Bundestagswahl in deutscher Sprache mit Anschlägen in Deutschland drohte, sollten im Rahmen der Wahl Parteien bestätigt werden, die den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr befürworten. Dieser Internetbotschaft folgten eine Reihe weiterer Droh- und Propagandavideos der "al-Qaida"-Führung und anderer jihadistischer Gruppierungen, die aufgrund ihrer Deutschlandbezüge die Drohkulisse erheblich verstärkten. Neben dem Risiko eines realen Anschlags bergen solche Drohbotschaften, die über das Internet einem großen Nutzerkreis zugänglich gemacht werden, die Gefahr, zur ideologischen Festigung, Radikalisierung und Rekrutierung von Islamisten beizutragen.

Im Laufe des Jahres ist, möglicherweise als Folge der genannten Propagandatätigkeit seitens jihadistischer Islamisten, die Zahl der bekanntgewordenen Ausreisen bzw. Ausreiseversuche mit dem mutmaßlichen Ziel, sich einer islamistischen terroristischen Vereinigung im Ausland anzuschließen, angestiegen. Auch neben der Propaganda im Internet findet eine verstärkte Werbung für ein rigides Islamverständnis, das unter dem Begriff "Salafismus" bekannt wurde, statt. Unter anderem wird in Saalveranstaltungen, durch Infotische und auf sogenannten Islamseminaren hierfür geworben. Auch Werbung durch sogenannte "Prediger", denen eine gewisse Autorität in religiösen Angelegenheiten von ihrer Umgebung zugesprochen wird, findet für dieses Islamverständnis weiterhin statt. Dieses Religionsverständnis führt die Menschen nicht nur weg von der deutschen Gesellschaft, sondern trennt sie auch von der muslimischen Gemeinschaft und bietet den Einstieg in eine mögliche weitere Radikalisierung in Richtung eines militanten, jihadistischen Islamismus.

Die großen, als islamistisch eingeschätzten Bestrebungen, wie "Millî-Görüş" und die Muslimbruderschaft, sind dagegen weiterhin bemüht, in der deutschen Gesellschaft und ihrer Verbandslandschaft einen festen Platz als islamische Organisation einzunehmen und dadurch Einfluss zu gewinnen. In immer stärkerem Maße gelangen junge Muslime und Musliminnen, die in Deutschland aufgewachsen sind, hier Abitur gemacht und studiert haben, in wichtige Positionen dieser Organisationen. Hierdurch ändern sich langsam und nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sowohl das Auftreten gegenüber der deutschen Gesellschaft, als auch die Verhältnisse und Einstellungen innerhalb der Organisation. Dieser soziologische Prozess geht jedoch nicht unbedingt mit einer klaren und eindeutig erkennbaren Abkehr von islamistischen Inhalten einher. Zudem sind auch innerhalb der Bestrebungen gegenläufige Strömungen zu verzeichnen, die strikt an islamistischen Vorstellungen festhalten – dies vor allem bei bildungsferneren Kreisen.

Seit Anfang des Jahres haben islamistische Gruppierungen in bisher ungekanntem Ausmaß das Internet dazu benutzt, Drohbotschaften gegen Deutschland abzusetzen und jihadistische Propaganda zu verbreiten. In Audios und Videos, die auf einschlägigen Webseiten und Diskussionsforen eingestellt wurden, wurde von Seiten "al-Qaidas" und mit ihr verbundener Gruppierungen immer wieder der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr kritisiert und als Legitimation für Anschläge gegen Deutsche im In- und Ausland angeführt. Den vorläufigen Höhepunkt der Propagandaoffensive im Internet bildete das Video eines "al-Qaida"-Mitglieds, das kurz vor der Bundestagswahl in deutscher Sprache mit Anschlägen in Deutschland drohte, sollten im Rahmen der Wahl Parteien bestätigt werden, die den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr befürworteten. Dieser Internetbotschaft folgten eine Reihe weiterer Droh- und Propagandavideos der "al-Qaida"-Führung und anderer jihadistischer Gruppierungen, die aufgrund ihrer Deutschlandbezüge die Drohkulisse erheblich verstärkten. Neben dem Risiko eines realen Anschlags bergen solche Drohbotschaften, die über das Internet einem großen Nutzerkreis zugänglich gemacht werden, die Gefahr, zur ideologischen Festigung, Radikalisierung und Rekrutierung von Islamisten beizutragen.

1.5 Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität – Bericht des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen

Die "Politisch motivierte Kriminalität" (PMK) in Nordrhein-Westfalen ist im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum angestiegen. Auch die Anzahl der Gewaltdelikte hat zugenommen und liegt wieder auf dem Niveau des 1. Halbjahres 2007. Zahlreiche Ereignisse im In- und Ausland wirkten sich auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen aus und beeinflussten die Entwicklung der PMK.

Als Reaktion auf die Militäraktion der israelischen Armee gegen die "Bewegung des islamischen Widerstandes" (HAMAS) im Gazastreifen Anfang 2009 kam es über mehrere Wochen zu zahlreichen Straftaten und demonstrativen Aktionen sowohl von pro-palästinensischer als auch von pro-israelischer Seite. Auch Angehörige der „rechten“ Szene nutzten die kriegerische Auseinandersetzung für ihre Agitationszwecke und führten beispielsweise Mahnwachen unter dem Motto „Nein zum israelischen Holocaust im Gaza-Streifen“ durch.

Nach mehr als 25 Jahren Bürgerkrieg erklärte die Regierung Sri Lankas am 16. Mai 2009 die "Tamilischen Befreiungstiger" (LTTE) nach einer monatelangen Militäraktion im Nordosten des Landes für besiegt. Während der Kampfhandlungen kam es in Nordrhein-Westfalen zu zahlreichen demonstrativen Aktionen gegen den Krieg auf Sri Lanka. So demonstrierten beispielsweise zwei Wochen lang täglich hunderte von Tamilen vor dem nordrhein-westfälischen Landtag. 14 Personen befanden sich zudem mehrere Tage lang im Hungerstreik. Auf das Ende des Bürgerkrieges reagierten die Tamilen mit Großkundgebungen und Spontanaktionen. So blockierten mehrere hundert Demonstranten Schienen und Bahnsteige im Düsseldorfer Hauptbahnhof; andere stellten ihre Fahrzeuge auf dem Standstreifen der Autobahn 52 zwischen Lintorf und dem Breitscheider Kreuz ab und setzten sich auf die Fahrbahn.

Am 1. Mai 2009 griffen rund 400 „Rechte“ in Dortmund Teilnehmer der Mai-Kundgebung des "Deutschen Gewerkschaftsbundes" (DGB) und Polizeibeamte mit Stein- und Flaschenwürfen, pyrotechnischen Gegenständen, Holzstangen und Pfefferspray an. Zuvor hatten sich die „Rechten“ am Dortmunder Hauptbahnhof getroffen, um an einer Versammlung in Siegen teilzunehmen. Den eingesetzten Polizeibeamten gelang es, die Randalierer abzuordern und zwei größere Gruppen einzuschließen. Gegen über 400 Beschuldigte wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.²

Am 9. und 10. Mai 2009 führte die "pro Köln" die Neuauflage des gescheiterten „Anti-Islamisierungskongresses 2008“ zum Thema „Nein zur Islamisierung Europas – Nein zur Kölner Groß-Moschee“ durch. Die Kundgebung fand im Kölner Stadtteil Deutz statt, nachdem das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Polizeipräsidenten Köln hinsichtlich einer Kundgebung direkt am Kölner Dom ebenso bestätigt hatte wie das Verbot der Durchführung eines Aufzuges zur Moschee-Baustelle im Stadtteil Ehrenfeld.

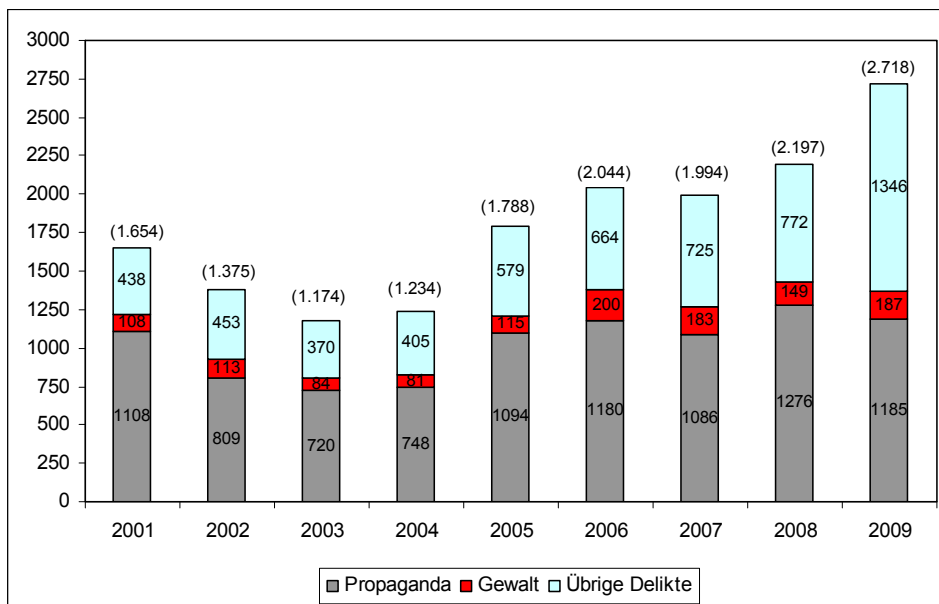
Rund 2.000 Menschen versammelten sich am 9. Mai 2009, um friedlich gegen den "Anti-Islamisierungskongress" zu protestieren. Nur vereinzelt gab es Auseinandersetzungen zwischen linksgerichteten Demonstranten und Teilnehmern des Kongresses. Einzelne kleinere Gruppen von Gegendemonstranten versuchten die Absperrungen der Polizei zu durchbrechen oder die Veranstaltung von "pro Köln" durch Sitzblockaden zu verhindern.

² siehe hierzu auch den Bericht auf Seite 4

Mehr Straftaten als im 1. Halbjahr 2008

In Nordrhein-Westfalen wurden für das 1. Halbjahr 2009 insgesamt 2.718 (1. Halbjahr 2008: 2.197) politisch motivierte Straftaten bekannt. Der Anstieg der Fallzahlen um 23,7 % setzt den Trend des Vorjahres fort. Propagandadelikte machen mit 1.185 Fällen (1. Halbjahr 2008: 1.276) 43,6 % der PMK aus. Der Anstieg der Fallzahlen der übrigen Delikte (ohne Gewaltdelikte) (Anstieg von 772 auf 1.346 Straftaten) ist auf die Zunahme von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (Anstieg von 94 auf 493 Straftaten) und Sachbeschädigungen (Anstieg von 290 auf 417 Straftaten) zurückzuführen.

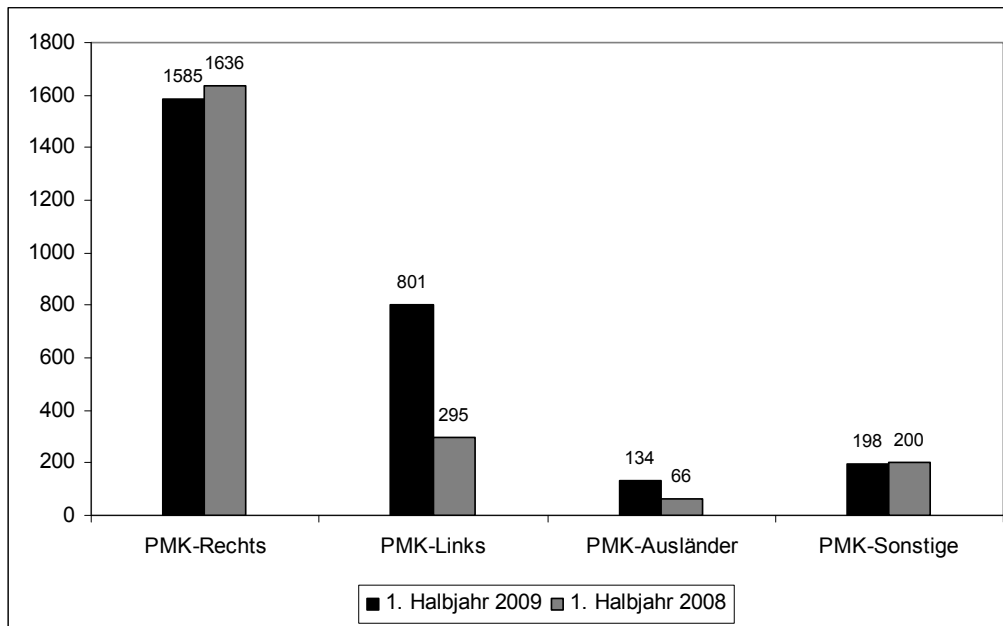
Grafik 1: PMK im Halbjahresvergleich von 2001 bis 2009



Nach Phänomenbereichen unterschieden sind

- : 1.585 (1. Halbjahr 2008: 1.636) Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität - Rechts“ (PMK-Rechts)
- : 801 (1. Halbjahr 2008: 295) Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität - Links“ (PMK-Links) und
- : 134 (1. Halbjahr 2008: 66) Straftaten der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“ (PMK-Ausländer)

zuzurechnen. Bei 198 (1. Halbjahr 2008: 200) Straftaten konnte keine eindeutige Zuordnung zu einem Phänomenbereich getroffen werden. Sie wurden als „Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige/Nicht zuzuordnen“ (PMK-Sonstige) erfasst.



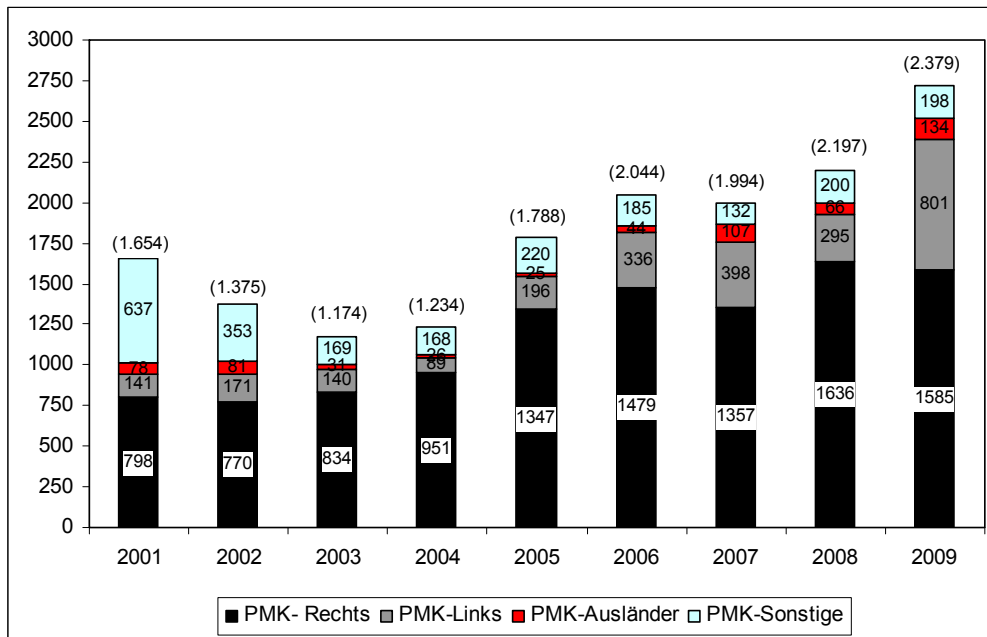
Grafik 2: PMK im 1. Halbjahr 2009 nach Phänomenbereichen

Die Betrachtung nach Phänomenbereichen zeigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum unterschiedliche Entwicklungen (vgl. Grafik 2): Einerseits Anstieg der PMK-Links um 506 Straftaten und der PMK-Ausländer um 68 Straftaten; andererseits Rückgang der PMK-Rechts um 51 Straftaten und der PMK-Sonstige um zwei Straftaten.

Von den 2.718 Delikten sind 2.264 (83,3 %) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen einzustufen, weil sie sich beispielsweise gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richteten. Von den 2.264 extremistischen Straftaten entfallen

- : 1.540 (1. Halbjahr 2008: 1.568) auf die PMK-Rechts
- : 591 (1. Halbjahr 2008: 150) auf die PMK-Links
- : 88 (1. Halbjahr 2008: 54) auf die PMK-Ausländer und
- : 45 (1. Halbjahr 2008: 11) auf die PMK-Sonstige.

Insgesamt ist die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 29,3 % (513 Delikte) angestiegen.



Grafik 3: PMK nach Phänomenbereichen im Halbjahresvergleich von 2001 bis 2009

Anstieg der „Politisch motivierten Gewaltdelikte“

In Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt 187 (1. Halbjahr 2008: 149) „Politisch motivierte Gewaltdelikte“ (PMK-Gewalt) bekannt. Dies bedeutet einen Anstieg um 25,5 % (38 Straftaten), der sich insbesondere durch einen Zuwachs bei den Widerstandshandlungen (Anstieg von 9 auf 30 Straftaten) und Landfriedensbruchdelikten (Anstieg von 18 auf 26 Straftaten) begründet.

Die Betrachtung nach Phänomenbereichen (vgl. Tabelle) zeigt deutlich unterschiedliche Entwicklungen:

- : Anstieg der PMK-Links auf 83 Straftaten (1. Halbjahr 2008: 42)
- : Anstieg der PMK-Ausländer auf 20 Straftaten (1. Halbjahr 2008: 10)
- : Anstieg der PMK-Sonstige auf 7 Straftaten (1. Halbjahr 2008: 6) und
- : Rückgang der PMK-Rechts auf 77 Straftaten (1. Halbjahr 2008: 91).

Deliktgruppen	Links		Rechts		Ausländer		Sonstige	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0
Brand-/ Sprengstoffdelikte	3	1	1	0	3	1	2	0
Landfriedensbruchdelikte	15	12	9	5	0	1	2	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft und Straßenverkehr	0	0	0	0	5	0	0	0
Körperverletzungsdelikte	34	21	62	82	10	8	2	4
Widerstandshandlungen	27	8	3	1	0	0	0	0
Raub / Erpressung / Freiheitsberaubung	4	0	2	3	2	0	1	2
Sexualdelikte	0	0	0	0		0	0	0
Zwischensumme Gewaltdelikte	83	42	77	91	20	10	7	6
Bedrohungen / Nötigungen	12	4	9	8	8	8	2	1
Sachbeschädigungen	195	150	162	104	27	10	33	26
Propagandadelikte	15	14	1.055	1.132	6	7	109	123
Volksverhetzungen	2	0	165	192	18	6	12	10
Störung des öffentlichen Friedens	3	1	3	0	0	2	3	3
Beleidigungen	43	15	51	60	2	5	13	11
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0	0	0	0	16	14	0	0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	421	54	40	37	29	0	3	3
sonstige Straftaten	27	15	23	12	8	4	16	17
Summe Gesamt	801	295	1.585	1.636	134	66	198	200

Tabelle: PMK nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen im Halbjahresvergleich

1.5.1 Politisch motivierte Kriminalität – Links

Hauptsächliche Themenfelder³ der PMK-Links waren im 1. Halbjahr 2009 „Antifaschismus“ (Anstieg von 139 auf 549 Straftaten), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Anstieg von 57 auf 496 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Anstieg von 115 auf 171 Straftaten). Insgesamt wurden 801 Straftaten der PMK-Links erfasst (1. Halbjahr 2008: 295).

76,9 % der Straftaten der PMK-Links (616 von 801 Straftaten) waren Sachbeschädigungen (195 Delikte) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (421 Delikte). Die Anzahl der Sachbeschädigungen ist im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen (von 150 auf 195 Straftaten). Bei den Taten handelte es sich fast ausschließlich um Farbschmierereien mit antifaschistischen Parolen, wie beispielsweise „Nazis raus“, und Parolen gegen die Polizei.

Der deutliche Anstieg der Fallzahlen bei den Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (von 54 auf 421 Straftaten) ist mit den bekannt gewordenen Straftaten anlässlich der Demonstration des „Bündnisses 28.03.“ in Dortmund zu erklären. Dort nahmen rund 700 Personen an einem Aufzug teil, um eines am 28.03.2005 getöteten Punkers unter dem Motto „No Nazis - kein vergeben, kein vergessen“ (Schreibweise übernommen) zu gedenken. Eine größere Personengruppe vermummte sich während des Aufzuges. Nach Auswertung des polizeilichen Videomaterials wurden insgesamt 333 Strafverfahren wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz⁴ eingeleitet.

Der Anteil der Straftaten bei Demonstrationen und Veranstaltungen am Gesamtstrafatenaufkommen der PMK-Links hat sich im 1. Halbjahr 2009 mit 68,2 % (546 von 801 Delikten) gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt (1. Halbjahr 2008: 33,6 %).

Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ ist deutlich angestiegen

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ ist (von 42 auf 83 Straftaten) angestiegen. Es handelte sich überwiegend um Körperverletzungen (Anstieg von 21 auf 34 Straftaten), Widerstandshandlungen (Anstieg von 8 auf 27 Straftaten) und Landfriedensbrüche (Anstieg von 12 auf 15 Straftaten).

Die Gewaltdelikte richteten sich hauptsächlich gegen Polizeibeamte (Anstieg von 17 auf 47 Straftaten). Zu den Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte kommt es vorwiegend beim Versuch der Täter, Polizeiabsperungen bei Aufmärschen der „Rechten“ mit Gewalt zu überwinden. Dabei wird der Auftrag der Polizei zum Schutz des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit bewusst ideologisch umgedeutet und als Schutz der „Rechten“ interpretiert. Zielgerichtete Angriffe auf Polizisten werden so als „legitimes Mittel im Kampf gegen Rechts“ gerechtfertigt. Die Anzahl der Gewaltdelikte bei Auseinandersetzungen mit „Rechten“ ist auf 27 Delikte angestiegen (1. Halbjahr 2008: 26).

³ Die Melderichtlinien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ sehen Mehrfachnennungen bei den Oberthemen vor, so dass eine Straftat mehreren Oberthemen zugeordnet werden kann.

⁴ Bei Straftaten gemäß § 27 Abs. 2 VersammlG (Tragen von Schutz Waffen und/oder Vermummung) ist nach den „Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität“ je ein Tatverdächtiger ein Fall zu erfassen.

Insgesamt wurden 125 (1. Halbjahr 2008: 53) Tatverdächtige ermittelt. 104 (1. Halbjahr 2008: 46) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 52 (1. Halbjahr 2008: 29) Tatverdächtige waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

1.5.2 Politisch motivierte Kriminalität - Rechts

Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (Anstieg von 1.235 auf 1.260 Straftaten), „Hasskriminalität“⁵ (Rückgang von 416 auf 375 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Rückgang von 175 auf 150 Straftaten). Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit 77,0 % (1.220 von 1.585 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Straftaten aus. Insgesamt wurden 1.585 Straftaten der PMK-Rechts erfasst (1. Halbjahr 2008: 1.636).

Die Anzahl der Sachbeschädigungen durch „Rechte“ ist um 64,2 % (von 104 auf 162 Straftaten) angestiegen. Somit setzte sich der bereits im Vorjahr beobachtete Trend fort, dass in der „rechten“ Szene vermehrt Sachbeschädigungen mit allgemeinen, nicht als Propagandadelikte inkriminierten „rechten“ Parolen und Symbolen, beispielsweise „frei, sozial und national“ und „AN“, begangen werden. 58 Sachbeschädigungen wurden dem Unterthema „Autonomer Nationalismus“ zugeordnet (1. Halbjahr 2008: 20).

Rückgang der Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Rechte“ ist um 18,2 % (von 91 auf 77 Straftaten) zurückgegangen. Schwerpunktartig handelte es sich um Körperverletzungen (Rückgang von 82 auf 62 Straftaten). Überwiegend waren die Gewaltdelikte den Themenfeldern „Hasskriminalität“ (Rückgang von 41 auf 33 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Rückgang von 41 auf 36 Straftaten) zuzurechnen.

Insgesamt wurden 516 (1. Halbjahr 2008: 164) Tatverdächtige ermittelt. 353 (1. Halbjahr 2008: 111) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 142 (1. Halbjahr 2008: 119) Tatverdächtige waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. Über 75 % der ermittelten Tatverdächtigen stehen im Verdacht, sich an dem Angriff auf den 1. Mai-Aufzug des DGB in Dortmund beteiligt zu haben.

Hasskriminalität durch „Rechte“ ist zurückgegangen

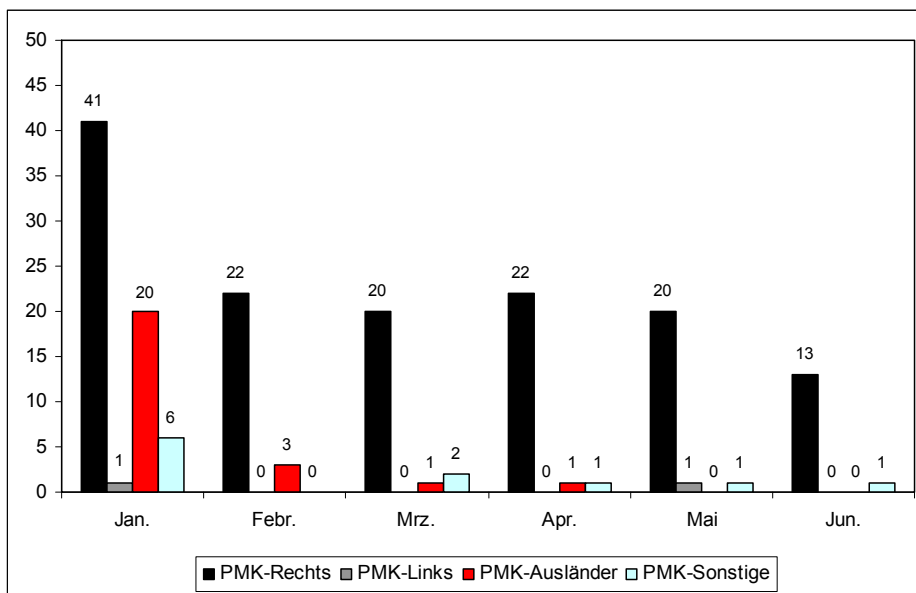
Die „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich PMK-Rechts ist um 10,3 % (von 416 auf 373 Straftaten) zurückgegangen. 87,4 % der Delikte im Themenfeld „Hasskriminalität“ (326 von 373 Straftaten) waren Propagandadelikte, Volksverhetzungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Im Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ sind 93 Straftaten weniger zu verzeichnen

⁵ Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind.

(Rückgang von 333 auf 240 Delikte). Die Anzahl der Gewaltdelikte im Themenfeld „Hasskriminalität“ ist (von 41 auf 33 Straftaten) zurückgegangen. 29 Gewaltdelikten (1. Halbjahr 2008: 40 Straftaten) lag eine fremdenfeindliche Motivation zu Grunde.

Deutlicher Anstieg der antisemitischen Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist um 67,6 % (von 105 auf 176 Straftaten) angestiegen. Rund die Hälfte der Delikte (68 Straftaten) wurde im Januar verübt. In dieser Zeit fand die Bodenoffensive des israelischen Militärs gegen die HAMAS im Gazastreifen statt.



Grafik 4: Antisemitische Straftaten nach Monaten und Phänomenbereichen

Bei den Deliktgruppen machten, wie bereits in den Vorjahren, die Volksverhetzungen (85 Straftaten), Sachbeschädigungen (33 Straftaten) und Propagandadelikte (31 Straftaten) mit 84,7 % (149 von 176 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Fallzahlen aus. Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist (von 0 auf 4 Straftaten) angestiegen.

Von den 176 antisemitischen Straftaten entfallen

- : 138 Delikte auf die PMK-Rechts (1. Halbjahr 2008: 99),
- : 25 Delikte auf die PMK-Ausländer (1. Halbjahr 2008: 5),
- : 2 Delikte auf die PMK-Links (1. Halbjahr 2008: 1) und
- : 11 Delikte auf die PMK-Sonstige (1. Halbjahr 2008: 0).

1.5.3 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist deutlich (von 66 auf 134 Straftaten) angestiegen. Hauptsächliche Themenfelder waren „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (Anstieg von 35 auf 66 Straftaten) und „Krisenherde/Bürgerkriege“ (Anstieg von 2 auf 51 Straftaten).

Die Zunahme begründet sich zum einen in den Reaktionen auf die Militäraktion der israelischen Armee im Gazastreifen. So wurden 92,2 % aller Straftaten im Themenfeld „Krisenherde/Bürgerkriege“ (47 von 51 Delikten) im Monat Januar während der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der HAMAS verübt. Zum anderen haben die Aktivitäten von Anhängern der in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK, jetzt KONGRA-GEL) zu einem Anstieg geführt. Die Anzahl der Straftaten in diesem Zusammenhang ist um 40,6 % (von 32 auf 45 Delikte) angestiegen. Es zeigt sich nach wie vor, dass die Motivation der Tatverdächtigen im Wesentlichen durch Konflikte in ihren Herkunftsländern bestimmt wird.

Phänomenologisch handelte es sich bei den Straftaten der PMK-Ausländer mehrheitlich um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (Anstieg von 0 auf 29 Straftaten), Sachbeschädigungen (Anstieg von 10 auf 27 Straftaten) und Volksverhetzungen (Anstieg von 6 auf 18 Straftaten).

Anstieg der Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK-Ausländer

Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer hat sich verdoppelt (von 10 auf 20 Straftaten). 85,0 % der Gewaltdelikte (17 von 20 Straftaten) wurden im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ verübt, von denen 13 Gewaltdelikte durch Anhänger der verbotenen PKK (8 Straftaten) und der LTTE (5 Straftaten) begangen wurden. Hauptsächlich handelte es sich um Körperverletzungen (Anstieg von 8 auf 10 Straftaten) und Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft und Straßenverkehr (Anstieg von 0 auf 5 Straftaten).

Insgesamt wurden 17 (1. Halbjahr 2008: 7) Tatverdächtige ermittelt. 7 (1. Halbjahr 2008: 5) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. Ebenfalls 7 (1. Halbjahr 2008: 5) Tatverdächtige waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

1.5.4 Weiterhin hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Der hohe Grad der Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen hält unverändert an. Die Gefährdung lässt sich nicht allein an den 15 (1. Halbjahr 2008: 6) bekannt gewordenen Straftaten messen, die dem Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ zugeordnet wurden, sondern muss auch an dem möglichen Schadenspotential einzelner Tatplanungen und Delikte festgemacht werden. Bei den Delikten handelte es sich mehrheitlich um Verstöße gegen das Vereinsgesetz (10 Straftaten), die bei demonstrativen Aktionen anlässlich der Militäraktion der israelischen Armee gegen die HAMAS im Gazastreifen begangen wurden.

Besonders im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen weiterhin Personen, darunter auch deutsche Konvertiten, mit tatsächlichen oder vermuteten Auslandsaufenthalten in Trainingslagern terroristischer Gruppierungen. Die Personen erwerben dort Kenntnisse im Umgang mit Waffen und Sprengstoff, so dass von ihnen nach ihrer Rückkehr ein erhöhtes Sicherheitsrisiko ausgeht.

Die Propagandaoffensive islamistischer Gruppierungen im Internet ist auch im Jahr 2009 unvermindert fortgesetzt worden. Mehrfach wurden deutschsprachige Terrorbotschaften bekannt, in denen zielgerichtet in Deutschland lebende Muslime angesprochen und Anschläge gegen Deutschland wegen des Auslandseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan angedroht wurden.

Allgemein muss in Deutschland – und somit auch in Nordrhein-Westfalen – unverändert mit Anschlägen verdeckt operierender Terrorzellen gerechnet werden. Eine zunehmende Ver selbstständigung bestehender Gruppierungen und Strukturen sowie der Entstehung neuer, teilweise völlig autonom agierender Gruppen ist als wahrscheinlich anzusehen. Auch die Bedrohung durch Kleinstgruppen und fanatisierte Einzeltäter hält unvermindert an.

2 Rechts- und linksextremistische Organisationen im „Superwahljahr 2009“

Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen sind 2009 dreimal zu den Wahlen gerufen worden: Der Europawahl am 7. Juni folgte am 30. August die Kommunalwahl. Den Abschluss bildete die Bundestagswahl am 27. September 2009. Die Aktivitäten der vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien und Gruppierungen standen ganz im Zeichen dieses Superwahljahres; im Zuge der Wahlkämpfe haben sie deutlich mehr Mahnwachen, Infostände und Demonstrationen durchgeführt als im Vorjahr. Dabei kam es – vorwiegend in Städten – zu verbalen und manchmal auch zu gewalttätigen Konfrontationen mit politischen Gegnern. Dies ist Ausdruck der schon im letzten Jahr zunehmenden Rechts-Links-Konfrontation in der politischen Auseinandersetzung.

Da – außer bei den Kommunalwahlen – für Parteien aus dem rechten Spektrum offenkundig keine Aussicht bestand, ein Mandat zu erringen, dürfte nicht zuletzt die Aussicht auf Wahlkampfkostenerstattung ein Motiv für die Teilnahme an der Europa- und der Bundestagswahl gewesen sein. Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen haben die rechtsextremistische "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) und vor allem die Partei "DIE LINKE", bei der **Anhaltspunkte für den Verdacht** einer extremistischen Bestrebung vorliegen, die Zahl ihrer Kandidaturen deutlich ausgeweitet. In der Stadt Köln und dem Kölner Umfeld sind "pro Köln" und – erstmalig bei der Kommunalwahl 2009 – "Pro NRW" angetreten, bei denen jeweils **Anhaltspunkte für den Verdacht** einer extremistischen Bestrebung vorliegen.⁶

2.1 Grundsätzliche Bewertung der Wahlergebnisse

Die Stimmenanteile der vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien und Gruppierungen aus dem rechten Spektrum liegen in Nordrhein-Westfalen insgesamt seit Jahren unter dem Bundesdurchschnitt⁷. Daran ändern auch die Mandatszugewinne von "Pro NRW" und der NPD nichts. In beiden Fällen erklären sie sich ausschließlich aus den regional erweiterten Wahlantritten.

"Pro Köln/Pro NRW" haben überall dort, wo sie angetreten sind (neben Köln noch in 12 weiteren Städten und Kreisen), Mandate errungen, so dass deren Strategie (Konzentration auf rechtspopulistische Themen und vermehrte Wahlantritte) in Teilen zum Ziel geführt hat. Dieser Ansatz war zunächst auch von der NPD verfolgt worden: Im Vorfeld der Kommunalwahl war vollmundig erklärt worden, die Partei wolle in Nordrhein-Westfalen flächendeckend präsent

⁶ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies ausdrücklich hervorgehoben.

⁷ Zur Kommunalwahl vgl. im Einzelnen in der Tabelle „Wesentliche Daten zur Kommunalwahl“ am Schluss des Aufsatzes. Die Zahlenangaben zur Kommunalwahl 2009 beruhen auf dem vorläufigen Wahlergebnis vom 30. August 2009 für die Wahlen zu den Räten der kreisfreien Städte und der Kreistage.

sein. Von dieser Ankündigung musste die NPD nach und nach abrücken. Im Gegensatz zur „pro Köln/Pro NRW“ ist es der NPD auch nicht gelungen, überall dort Mandate zu erzielen, wo sie kandidiert hat. Ihr ist es trotz der Unterstützung durch das neonazistische Spektrum und der deutlichen Ausweitung der Wahlkampfaktivitäten im Kommunal- und Bundestagswahlkampf nicht gelungen, sich als nennenswerte politische Kraft zu positionieren. Die Partei erzielte – wegen der vermehrten Wahlantritte – zwar bei der Kommunalwahl insgesamt mehr Stimmen als bei der Kommunalwahl 2004 (rd. 7.500 Stimmen mehr), ihre Stimmenanteile stagnieren aber weiterhin auf niedrigem Niveau. Die NPD ist und bleibt in Nordrhein-Westfalen eine Splitterpartei.

Zwar hat die NPD ihr Ziel, auf Bundesebene an der staatlichen Parteienfinanzierung zu partizipieren, bei der Bundestagswahl 2009 erreicht; ihr Wahlergebnis hat sie allerdings nicht verbessern können (Bund 1,5%, Nordrhein-Westfalen 0,9%). Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland gelang es der NPD nur in Sachsen, mit 5,6% wieder in den Landtag einzuziehen – allerdings hat sich auch hier die absolute Zahl der Stimmen gegenüber 2004 nahezu halbiert. In Thüringen wurde das erklärte Wahlziel, dort erstmals in den Landtag einzuziehen, mit 4,3% der Stimmen verfehlt.

Die "Deutsche Volksunion" (DVU), bei der **Anhaltspunkte für den Verdacht** extremistischer Bestrebungen bestehen, steht aufgrund personeller und organisatorischer Probleme vor dem Abrutschen in die politische Bedeutungslosigkeit. Ihre Wahlergebnisse bei der Kommunal- und Bundestagswahl bewegen sich im Bereich von 0-0,1%. Nur bei der Europawahl erreichte sie einen Stimmenanteil von 0,4% auf Bundesebene (NRW 0,3%). Für Mandate im Europaparlament reicht das Ergebnis nicht. Die NPD war – gemäß dem seinerzeit noch gültigen sogenannten "Deutschlandpakt" – bei der Europawahl nicht angetreten. Im Deutschlandpakt hatten sich NPD und DVU hinsichtlich des Wahltritts zu bestimmten Wahlen abgesprochen, um eine Konkurrenz untereinander zu vermeiden.

Im linken bzw. linksextremistischen Spektrum spielt lediglich die Partei "DIE LINKE" mit den Themen Sozialabbau, Wirtschafts- und Finanzkrise eine nennenswerte politische Rolle. Bei der Bundestagswahl war sie bundesweit erfolgreich (Bund 11,9%, NRW 8,4%). Bei der Kommunalwahl hatte sie sich auch wegen der deutlich ausgeweiteten Wahlantritte gegenüber 2004 mehr versprochen als die im Landesschnitt erreichten 4,4% (Kommunalwahl 2004: 1,4%), ebenso bei der Europawahl (bundesweit 7,5% und acht statt der bisher sieben Sitze im EU-Parlament). In Nordrhein-Westfalen verfehlte "DIE LINKE" auch bei der Europawahl die 5%-Marke. Insgesamt erscheint die Strategie, sich durch den Beitritt der "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V." (WASG) in den Landesparlamenten westlicher Bundesländer zu etablieren, erfolgreich zu sein. Trotzdem blieben die NRW-Ergebnisse der Partei "DIE LINKE" bei allen Wahlen des Jahres 2009 im Ländervergleich unterdurchschnittlich.

Für ein westliches Bundesland ist das Ergebnis der saarländischen Landtagswahl (21,3%) atypisch, es dürfte allerdings auch mit der Kandidatur des – nach wie vor populären – ehemaligen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine zu erklären sein. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen erzielte "DIE LINKE" 20,6% bzw. 27,4% der Zweitstimmen und wurde als politische Kraft in den neuen Ländern bestätigt.

Die linksextremistische "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) und die linksextremistische "Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands" (MLPD) sind mit Wahlergebnissen im Bereich von 0-0,1% auf allen politischen Ebenen parlamentarisch bedeutungslos. Dies gilt auch für linksextremistisch beeinflusste Wahlbündnisse, die lediglich auf kommunaler Ebene vereinzelt Mandate erzielt haben. Die DKP ist bei der Bundestagswahl 2009 (wie bereits in 2005) in NRW gar nicht angetreten, das Ergebnis der MLPD lag bei nahezu 0%.

Auch wenn extremistische Parteien und Gruppierungen bei den Wahlen im Jahr 2009 insgesamt keine besorgniserregenden Zuwächse erzielt haben, kommt es – auf niedrigem Niveau – in Orten mit hoher Arbeitslosigkeit oder sozialen Spannungen offenbar eher zu Wahlerfolgen rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien; dort haben diese Parteien einen höheren Zuspruch als im Landesdurchschnitt.

2.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD ist mit ihren Ergebnissen bei Bundestags- und Kommunalwahl deutlich hinter ihren Erwartungen zurück geblieben. Die Partei führte in Nordrhein-Westfalen ihren Wahlkampf mit sozialpolitischen Themen einerseits und schürte andererseits ausländerfeindliche Reflexe mit Forderungen etwa nach Rückführung der hier lebenden Ausländer oder Beschränkung der Teilhabe am Sozialsystem. Die Wahlergebnisse zeigen, dass Positionen, für die die NPD steht, in der Bevölkerung eine gewisse Zustimmung erhalten – aber nicht unbedingt auch die NPD als Partei. So konnte sie auch in den Kommunen, in denen sie bereits im Rat vertreten war, keine Zugewinne erzielen.

Ihr ursprüngliches, vollmundig verkündetes Ziel bei der Kommunalwahl war ein möglichst flächendeckender Wahlantritt in allen Kreisen und kreisfreien Städten im Land. Dafür hätte die NPD allerdings mehr Kandidaten benötigt, als sie in Nordrhein-Westfalen Mitglieder hat. Die Partei hatte mithin große Schwierigkeiten, die Wahlkreise zu besetzen. Sie beschränkte sich daher letztlich darauf, möglichst in allen großen kreisfreien Städten und einigen Kreisen anzutreten und – so der Landesvorsitzende Claus Cremer in einem Interview – die vorhandenen Mandate zu verteidigen und möglichst neue hinzu zu gewinnen⁸. Die Chancen dafür erschienen im Rheinland günstig, da die NPD dort relativ starke Kreisverbände hat.

Die NPD war bei der Kommunalwahl 2004 in 13 Kreisen und Städten angetreten und erzielte ihre besten Ergebnisse in Hattingen, Schwelm und Stolberg mit rund 3% der Stimmen. Bei der Wahl 2009 ist es ihr nicht gelungen in Hattingen und Schwelm nochmals anzutreten. Hier fehlte es offenbar an der notwendigen Zahl an Personen, die zur Kandidatur bereit waren. Die Partei trat zur Wahl 2009 in 38 Kommunen an: In elf kreisfreien Städten (davon fünfmal für den Rat und die Bezirksvertretungen (BV), dreimal nur für den Rat und dreimal nur für die BV), neun Kreisen sowie 18 kreisangehörigen Städten, überwiegend im Rheinland und im Sauerland. In 24 Kommunen konnte die NPD je einen Mandatsträger in den Räten oder Kreistagen platzieren und dadurch die Zahl ihrer Mandate auf nunmehr 24 verdoppeln. Den höchsten Stimmenanteil erzielte sie in der Stadt Düren mit 2,61%, gefolgt von Stolberg mit 2,22%.

Die NPD ist in zwei der neun Kreistagswahlen gescheitert (im Erftkreis kandidierte der mehrfach wegen Volksverhetzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilte und mit der Neonaziszene verbundene Axel Reitz als Landratskandidat); ebenso in den Räten von Düsseldorf, Krefeld, Menden, Plettenberg, Netphen und Wilnsdorf. In Mönchengladbach, Stolberg und Witten verlor sie jeweils eines ihrer Mandate; in Hattingen und Schwelm war sie nicht mehr angetreten. Bei den Wahlen zu Bezirksvertretungen ist die NPD flächendeckend gescheitert. Dort hatte sie 2004 noch drei Mandate erzielt.

⁸ Nach NPD-Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen (18.06.08): Claus Cremer: „Ich lade alle nationalen Kräfte dazu ein, sich mit uns an einen Tisch zu setzen [...]“. Quelle: http://de.altermedia.info/general/nach-mpd-landesparteitag-in-nordrhein-westfalen-180608_14780.html

Vertreter der NPD bewarben sich – von vornherein ohne Aussicht auf Erfolg – verschiedentlich auch für das Amt des Hauptverwaltungsbeamten, so in den Kreisen Neuss und Düren, den kreisfreien Städten Dortmund, Krefeld und Mönchengladbach und den kreisangehörigen Städten Lüdenscheid und Stolberg.

Auch der teilweise hohe organisatorische Aufwand, den die NPD durch Infostände und andere Aktivitäten in einigen Städten betrieben hat, führte nicht zwingend zu Wahlerfolgen. Ihr landesweit höchstes Einzelergebnis bei der Bundestagswahl erzielte die NPD in einem Wahlkreis, in dem kaum Wahlkampfaktivitäten stattgefunden haben (Duisburg II). Bemerkenswert ist die Unterstützung durch das neonazistische Spektrum in den Regionen, in denen eine gute Beziehung zwischen der Kameradschaftsszene und dem örtlichen NPD-Kreisverband besteht (Raum Düren). Dies führt aber nicht automatisch zu Wahlerfolgen – teilweise wird diese Zusammenarbeit mit dem neonazistischen Spektrum vom Wähler als zu radikal empfunden.

Insgesamt zeigen die Wahlen des "Superwahljahres 2009", dass die NPD auf einem niedrigen, für sie unbefriedigenden Niveau und auch auf Kosten der DVU bei unter einem bis rund zweieinhalb Prozent der Stimmen stagniert.

2.3 Deutsche Volksunion (DVU)

Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahl unterstreichen den zunehmenden Bedeutungsverlust der DVU. Aufgrund der personellen Ausstattung der Partei und der weitgehenden Inaktivität der meisten Kreisverbände wollte sich die DVU – wie schon im Jahr 2004 – nur in Dortmund und Stolberg zur Wahl stellen. In Dortmund konnte die DVU an ihr Wahlergebnis von 2004 (3,2%) nicht anknüpfen. Dies lag auch an der Konkurrenz durch die NPD; 2004 hatte diese noch gemäß der Absprachen im Deutschlandpakt auf eine Kandidatur zugunsten der DVU verzichtet. Jetzt teilte sich das Wählerpotenzial des rechtsextremistischen Spektrums in der Stadt zwischen NPD und DVU auf. Zudem wechselte im Februar 2009 ein DVU-Ratsmitglied zur NPD und trat als deren Oberbürgermeisterkandidat an. In Stolberg – wo DVU und NPD in einer Fraktion verbunden waren – konnte die DVU keinen eigenen Kandidaten präsentieren und rief zur Wahl der NPD auf.

2.4 "Pro"-Bewegungen

Das Wahlergebnis zeigt, dass die Strategie von "pro Köln/Pro NRW", mit den Themen Islamisierung und Moscheebau gegen Ausländer zu polemisieren, bei einem Teil der Wählerinnen und Wähler nicht ohne Wirkung geblieben ist. Auch gibt sich "pro Köln/Pro NRW" betont bürgernah, obwohl **tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht** extremistischer Bestrebungen belegbar sind. "Pro Köln" erzielte bei der Wahl 2004 einen Stimmenanteil von 4,7%, der sich 2009 auf 5,4% erhöhte. Die Zahl der Mandate im Rat (zunächst vier, später fünf) und in den Bezirksvertretungen (zehn) erhöhte sich 2009 allerdings nicht.

Die teils mit „pro Köln“ personenidentische Partei "Pro NRW" trat bei der Kommunalwahl 2009 in zwölf Städten und Kreisen an: Bonn, Leverkusen, Gelsenkirchen, Bergheim, Dormagen, Leichlingen, Radevormwald, Lemgo sowie im Rhein-Kreis Neuss, dem Rheinisch Bergischen Kreis, dem Oberbergischen Kreis und dem Rhein-Erft-Kreis. Es wurden Ergebnisse zwischen 1,6% und 6,0% erzielt, so dass "pro NRW" mit ein bis drei Mandaten in die Räte und Kreistage aller Kommunen eingezogen ist, in denen sie angetreten war; ferner zum Teil in Bezirksvertre-

tungen der kreisfreien Städte. "Pro Köln/Pro NRW" haben nunmehr insgesamt 26 Rats- bzw. Kreistags- sowie 19 Bezirksvertretungsmandate.

2.5 Partei „DIE LINKE“

„Raus aus Afghanistan“ und „Hartz IV abwählen“ sind die wichtigsten Forderungen der Partei "DIE LINKE", die in jedem Wahlkampf aufgegriffen werden. Mit ihrer Ablehnung des Afghanistaneseinsatzes unterscheidet sie sich von allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Der "Kampf gegen Hartz IV" trug auch den Kommunalwahlkampf, insbesondere in Verbindung mit lokalen Aktionen und Initiativen. Hierzu kamen eine örtlich modifizierte generelle Ablehnung von Privatisierungen und die Forderung nach Rekommunalisierung ehemals städtischer Versorgungsbetriebe.

Die Kommunalwahl 2009 sollte für die Partei der mobilisierende Startschuss für die Bundestagswahl und den Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag 2010 sein. Sie strebte im Landesdurchschnitt einen Stimmenanteil von „7% + x“ an, in den Kommunen des Ruhrgebietes sogar mehr als zehn Prozent. Ihr Ziel war, in die Vertretungen aller kreisfreien Städte, in alle Kreistage und in die Räte aller größeren kreisangehörigen Gemeinden einzuziehen. Zumindest landesweit erschien dies nicht unrealistisch, da der Partei in jüngeren Umfragen zwischen 6 und 9% in Nordrhein-Westfalen prognostiziert wurden.

Das Wahlergebnis blieb trotz der Erhöhung des Stimmenanteils um 3% (von 1,4% in 2004 auf 4,4% in 2009) jedoch deutlich unter den Erwartungen, weil sie vor allem in ländlichen Gebieten außerhalb der Ballungszentren des Ruhrgebietes Mobilisierungsschwierigkeiten hat.

Zur Kommunalwahl 2004 hatte sie als "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) noch in 38 Kommunen in Nordrhein-Westfalen kandidiert und 108 Mandate erzielt. Die PDS war in sechs Städten (Bochum, Düren, Duisburg, Moers, Oberhausen, Wuppertal) und im Kreistag Düren mit Fraktionsstatus präsent.

"DIE LINKE" trat 2009 in 194 Kommunen zur Wahl an und kandidierte in allen kreisfreien Städten für die jeweiligen Stadträte in nahezu allen Wahlbezirken und für fast alle Bezirksvertretungen; sie trat zudem in 13 Städten mit eigenen Oberbürgermeisterkandidaten an. Die Partei hatte in Wahlbezirken bzw. auf Reservelisten auch wieder parteilose Kandidaten aufgestellt, jedoch in geringerem Maße als zur Kommunalwahl 2004 unter dem Label "PDS/Offene Liste". Auf Kreisebene kandidierte die Partei für alle Kreistage in nahezu allen Wahlbezirken mit dem Ziel, Fraktionsstärke zu erreichen. In elf Kreisen trat sie mit eigenen Landratskandidaten an. Im kreisangehörigen Bereich trat die Partei in 140 von 373 Kommunen an, was eine erhebliche Steigerung zu 2004 darstellt (damals nur neun Kandidaturen). In 43 kreisangehörigen Kommunen stellte "DIE LINKE" zudem Bürgermeisterkandidaten.

Die Partei zog in 185 Räte und Kreistage ein (ohne Bezirksvertretungen). In den kreisfreien Städten erreichte sie ihre besten Ergebnisse in Oberhausen (8,5 %), Duisburg (7,7%) und Herne (7,4%), konnte aber sogar dort keine zweistelligen Ergebnisse erzielen. Am schlechtesten schnitt die Partei in Leverkusen und Münster (je 3,3%), Krefeld (3,7%) und Bonn (3,8%) ab. Mit Ergebnissen von überwiegend unter 5% zog "DIE LINKE" zwar auch in alle Kreistage ein, schnitt aber durchweg schlechter ab als in den kreisfreien Städten. Die besten Ergebnisse erzielte sie noch im Kreis Recklinghausen (6,5%), im Ennepe-Ruhr-Kreis (5,3%) und im Kreis Wesel (5,1%), während die Kreise Olpe (2,4 %), Borken (2,5%) und Coesfeld (2,7%) die Schlusslichter bilden.

2.6 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Das Wahlergebnis der DKP ist für die Partei ernüchternd. Ihre Dauerkritik am „kapitalistischen System“ ruft trotz der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise keine nennenswerte Resonanz bei Wahlen hervor. Der Partei ist es weder bei der Europa- noch bei der Kommunalwahl gelungen, sich als ernstzunehmende Alternative zum etablierten politischen System zu profilieren. Zur Durchsetzung ihrer marxistisch-leninistischen Doktrin will die DKP daher primär in Betrieben, Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen verstärkt Fuß fassen. Der in der Vergangenheit erhoffte Zuspruch bei demokratischen Wahlen tritt zunehmend in den Hintergrund.

Angesichts des Ergebnisses bei der Europawahl (Bund und NRW je 0,1%) und auch wegen des Zulaufs zur Partei "DIE LINKE" hatte die DKP an die Kommunalwahl 2009 nur geringe Erwartungen. Ihr Ziel war, die bei der Kommunalwahl 2004 erreichten Mandate, vor allem in Bottrop und Gladbeck, zu verteidigen.

Darüber hinaus sollten „linke Kräfte“ in lokalen Wahlbündnissen gebündelt werden, damit DKP-Mitglieder auf diesem Wege in Kommunalparlamente einziehen. Diese Strategie wurde bereits bei der Kommunalwahl 2004 erfolgreich in Bochum, Delbrück (Kreis Paderborn) und in Dortmund verfolgt. Zur Wahl 2009 traten zudem in Münster die "Soziale Liste – DKP" (zur Unterstützung eines DKP-Oberbürgermeisterkandidaten) und die "Offene Soziale Liste" in der Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde (Märkischer Kreis) an, wo ein Ratsmandat gewonnen werden konnte.

Die DKP hat in Bottrop (von vier auf drei Mandate) und Gladbeck (von zwei auf ein Mandat) jeweils ein Ratsmandat verloren; in Essen ist sie nicht mehr im Rat vertreten (2004 errang sie dort noch ein Mandat). Bei den Wahlen zu den Bezirksvertretungen hat sie in Bottrop ihre beiden bei der Kommunalwahl 2004 errungenen Mandate halten können, ihr Düsseldorfer Bezirksvertretungsmandat jedoch verloren.

2.7 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) / "AUF"-Gruppen

Die MLPD trat bereits zur Kommunalwahl 2004 durch von ihr gesteuerte sogenannte "AUF"-Wahlbündnisse („alternativ, unabhängig, fortschrittlich) an. Hierdurch errangen Funktionäre der MLPD Sitze in kommunalen Gremien. Zur Kommunalwahl 2009 erfolgte der Wahlantritt wiederum vorwiegend in Ruhrgebietskommunen, in denen die MLPD entsprechende personelle und logistische Unterstützung leistet. Von daher konnte davon ausgegangen werden, dass die Gruppierungen auch weiterhin in den kommunalen Gremien vertreten sein würden. Fast alle "AUF"-Listen haben Stimmenanteile verloren und stagnieren weiterhin auf niedrigem Niveau, was die geringe politische Bedeutung der MLPD unterstreicht. Die AUF-Listen sind mit Stimmenanteilen von 0,7% bis 5,33% zwar wieder in die Räte der meisten Kommunen, in denen sie 2004 angetreten waren, mit ein bis zwei Mandaten eingezogen (Neukirchen-Vluyn, Bergkamen, Gelsenkirchen, Mülheim, Solingen, Herten, Witten, Essen). Allerdings konnte nur die AUF-Liste in Neukirchen-Vluyn ihr Ergebnis geringfügig verbessern (von 5,29% auf 5,33%). In Leverkusen gelang der Einzug in den Rat nicht mehr.

2.8 Sonstige Wahlbündnisse

In mehreren Kommunen im Land traten bereits zur Kommunalwahl 2004 linke bzw. alternative lokale Wahlbündnisse an, die in unterschiedlichem Maße linksextremistisch dominiert oder beeinflusst sind. Die acht seinerzeit bekannten Wahlbündnisse erreichten zusammen 19 Mandate (Rat 15, Bezirksvertretungen vier).

In 2009 traten insgesamt zehn Wahlbündnisse an, die allerdings den Wahlbündnissen von 2004 nicht in jedem Fall entsprachen. Linke bzw. alternative lokale Wahlbündnisse erreichten dabei überwiegend Stimmenanteile von unter 5%, so dass – im Vergleich zu 2004 – ihre Präsenz in den kommunalen Gremien – und damit auch ihre politische Bedeutung – abgenommen hat.

Wesentliche Daten zur Kommunalwahl

Parteien und Gruppierungen	2009 ⁹	2004	Differenz
NPD			
Ergebnis landesweit	0,3%	0,2%	+0,1%
Stimmen	24.495	17.074	+7.421
Wahlantritt in x Kommunen	38	13	+25
Einzug in x Kommunen	24	11	+13
Mandate (Rat + KT/ BV)	24/0	12/3	+12/-3
DVU			
Ergebnis landesweit	nahezu 0%	0,1%	- 0,1%
Dortmund	1,5%	3,2%	-1,7%
Stolberg	-	1,2%	-
Wahlantritt in x Kommunen	1	2	-1
Einzug in x Kommunen	1	2	-1
Mandate (Rat + KT/ BV)	1/3	4/7	-3/-4
Pro Köln/Pro NRW			
Ergebnis landesweit	0,6%	-	-
Köln	5,4%	4,7%	+0,7%
12 weitere Städte und Kreise	1,6 - 6,0%	-	-
Stimmen	41.361 Pro Köln / Pro NRW	16.531 Pro Köln	+24.830
Wahlantritt in x Kommunen	13	1	+12
Einzug in x Kommunen	13	1	+12
Mandate (Rat + KT/ BV)	26/19	5/10	+21/+9
DIE LINKE/PDS			
Ergebnis landesweit	4,4	1,4%	+3,3%
Stimmen	316.562	100.714	+215.848
Wahlantritt in x Kommunen	194	38	+156
Einzug in x Kommunen	185	30	+155
Mandate (Rat + KT/ <u>ohne</u> BV)	372	108	+264
DKP			
Ergebnis landesweit	0,1%	0,1%	0
Wahlantritt in x Kommunen	4	5	0
Einzug in x Kommunen	2	4	-2
Mandate (Rat + KT/ BV)	4/2	7/3	-3/-1
MLPD/AUF-Gruppen			

⁹ Für kreisfreie Städte und Kreise auf der Basis des vorläufigen Wahlergebnisses vom 30. August 2009

Wahlantritt in x Kommunen	9	9	0
Einzug in x Kommunen	7	9	-2
Mandate (Rat + KT/ BV)	9/2	14/5	-5/-3
Sonstige linksextremistisch beeinflusste Wahlbündnisse			
Wahlantritt in x Kommunen * 2004: 8 Bündnisse erfasst	10	11*	-1
Einzug in x Kommunen	5	10	-5
Mandate (Rat + KT/ BV)	14/0	18/4	-4/-4

3 Ein- und Ausstiegsprozesse aus dem Rechtsextremismus

Unter welchen Bedingungen können Einstiege in den Rechtsextremismus erfolgen? Von welchen Aktivitäten und welchen Gedanken ist ein Leben in der Szene geprägt? Welche Wirkungen zeigen Haftstrafen, und vor welchen Problemen stehen Personen, die diese Szene verlassen möchten? Fragen wie diesen sind Bochumer Studierende der Politikwissenschaft nachgegangen: Ihre Ergebnisse stehen im Mittelpunkt der Publikation „Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Ein Werkstattbericht“, die die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG/Braunschweig), die Ruhr-Universität und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen veröffentlicht haben. In einem Seminar unter der Leitung von Reinhard Koch (ARUG) und Thomas Pfeiffer (Innenministerium Nordrhein-Westfalen) haben die Autorinnen und Autoren alle deutschsprachigen Autobiografien von Aussteigern aus dem Rechtsextremismus ausgewertet: Untersucht wurden die Berichte einer Aktivistin und eines Aktivisten aus dem rechtsterroristischen Spektrum der 1970er und 80er Jahre (Christine Hewicker, Odfried Hepp), mehrerer Personen, die teils führend an neonazistischen Gruppen und Organisationen beteiligt waren (Kent Lindahl, Ingo Hasselbach, Stefan Michael Bar, Nick W. Greger), von Medienmachern und Parteifunktionären (Jörg Fischer, Torsten Lemmer, Jan Zobel). Darüber hinaus haben die Teilnehmenden zwei eingehende Gespräche mit Personen geführt, die jahrelang an der Szene beteiligt waren – eines der Aussteigergespräche (Sven) ist im Werkstattbericht dokumentiert.

Den Fallstudien („Porträtskizzen“) liegt ein Leitfaden zugrunde, den die Studierenden entwickelt haben: Er geht unter anderem den Konstellationen des Ein- und Ausstiegs nach, den Szenepositionen („Karriere“), der Bedeutung jugendaffiner Freizeitangebote („Erlebniswelt Rechtsextremismus“) und dem Umgang mit Sanktionen, auch in Form von Haftstrafen. Wie die Ein- und Ausstiegsprozesse insgesamt hat die Forschung diese Frage selten systematisch in den Blick genommen. In ihrer Studie über den rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene („Rechte Glatzen“, 2007) stellen Kurt Möller und Nils Schuhmacher heraus, dass die ernüchternde Realität angeblicher „Kameradschaft“ zur Ablösung beitrage, aber auch Integrationserfahrungen von außen. Sanktionen könnten Wirkung zeigen, wenn bei den Betroffenen erste Zweifel an der Szene vorausgegangen seien. In einem etwas länger zurückliegenden Projekt haben Wolfgang Frindte und Jörg Neumann zwischen 1999 und 2001 junge rechtsextremistische Gewalttäter befragt. Hinsichtlich der Haft kommen sie zu einem zweiseitigen Ergebnis: einerseits, „dass der Prozess der Strafverfolgung und Inhaftierung oder auch die begleitenden sozialpädagogisch-psychologischen Interventionen in der Haft bei den fremdenfeindlichen Gewalttätern die Bereitschaft fördern, vom sozial auffälligen Gewaltverhalten abzurücken“ – andererseits, dass eine Distanzierung von der fremdenfeindlichen Einstellung nicht stattfindet: „Diese Täter äußern vielmehr, dass ihr Gewaltverhalten ihnen und der ‚rechten Sache‘ nur geschadet habe und sie deshalb ihren politischen Kampf auf einem anderen, unauffälligeren Weg weiterführen wollen.“

Worauf kommt es an, um dem Einstieg in den Rechtsextremismus vorzubeugen bzw. die Ablösung vom Denken und Handeln dieser Szene zu unterstützen? Der Werkstattbericht „Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten“ gibt keine abschließenden Antworten – er zieht theseartige Schlussfolgerungen, die auch als Impulse für die pädagogische Praxis gedacht sind. Die Untersuchung kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

- : Die verbreitete Vorstellung, eine Annäherung an die rechtsextremistische Szene werde durch entsprechende Botschaften im Elternhaus ausgelöst, lässt sich in pauschaler Form nicht bes-

tätigen. Im Falle Odfried Hepps spricht sehr vieles für diese Annahme. In anderen Beispielen beschreiben die Aussteiger die politische Haltung der Eltern als liberal oder links, verweisen auf gewerkschaftliches oder kirchliches Engagement. Bei Schuldzuweisungen an das Elternhaus ist somit Vorsicht geboten. Biografische Brüche – zum Beispiel Trennung der Eltern, Wohnortwechsel – gehen offensichtlich mit Bedürfnislagen bei Jugendlichen einher, die eine Annäherung an die Szene wahrscheinlicher machen. In fast allen untersuchten Beispielen finden wir solche biografischen Brüche – Automatismen gibt es in dieser Hinsicht gewiss nicht.

- : Mehrere Aussteiger weisen darauf hin, dass sie in der Familie zwar Ablehnung des rechtsextremistischen Denkens und entsprechender Inszenierungen erfahren hätten, aber keine intensive Auseinandersetzung. Mitunter wurde versucht, die Annäherung an die Szene zu ignorieren und nach außen einen gewissen Schein zu wahren, um den Ruf der Familie nicht zu gefährden. Diese Versuche haben die weitere Annäherung an die Szene eher begünstigt als erschwert.
- : Die Versprechen von Gemeinschaft („Kameradschaft“), Zugehörigkeit, Halt in der Gruppe und Orientierung erweisen sich als stärkste Reize des Rechtsextremismus. Es ist die Gemeinschaft, die „begeistert und gleichsam fesselt“, schreibt Jan Zobel. Jörg Fischer erinnert sich: „Plötzlich gab es Leute, die Interesse an mir zeigten und mir vermittelten, daß ich zu ihnen passen würde. Sie kamen für mich aus einer anderen, neuen, auch faszinierenden Welt.“ Die Gruppe ist nicht nur Annäherungsmotiv – in zunehmendem Maße ersetzt sie anderweitige Kontakte. Die empfundene Zusammengehörigkeit wird durch die schroffe Abgrenzung von einem als feindlich markierten Umfeld verstärkt.
- : Gruppengefühle sind eng mit der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ verbunden. Christine Hewicker spricht von „Kameradschaftsabenden“ mit Lagerfeuer, Gitarrenmusik und Nachtwanderungen. Mal handelt es sich um informelle Treffen, bei denen Alkohol und klandestiner Umgang mit NS-Devotionalien im Vordergrund stehen, mal sind die Aktivitäten symbolträchtig und emotional aufgeladen. Seit den 1970er und 80er Jahren hat sich das Erlebnisrepertoire erweitert und modernisiert. Sven hebt die Identität stiftende und Ideologie vermittelnde Funktion des Rechtsrock hervor. Stefan Michael Bars Wochenendaktivitäten konzentrieren sich auf gemeinsam mit anderen Szene-Anhängern besuchte Konzerte und Demonstrationen. Unter anderem für Ingo Hasselbach treten Wehrsportübungen und Militärspiele hinzu – im Rahmen einer neonazistischen Wohngemeinschaft verschmelzen seine Lebenswelt und politische Basis geradezu vollständig.
- : Ein Mangel an Alternativen erhöht den Reiz der rechtsextremistischen Erlebniswelt. Christine Hewicker weist darauf hin, dass ihr Dorf Jugendlichen nicht viel bieten können: aus ihrer Sicht ein wichtiger Faktor für die Attraktivität der NPD. Er verbindet sich mit der überwiegenden Akzeptanz, die die auf den Plan tretende rechtsextremistische Partei generationenübergreifend im Dorf erfährt. In weiteren Beispielen wird deutlich, dass aus Sicht der Betroffenen eine grundlegend andere Entwicklung denkbar gewesen wäre, soweit attraktive (Gruppen)-Alternativen mit alternativen Wertangeboten zur Verfügung gestanden hätten. Vor diesem Hintergrund ist eine Situation bemerkenswert, die Sven beschreibt, der parallel zu seiner Beteiligung an der rechtsextremistischen Skinhead-Szene einer christlichen Jugendgruppe angehörte und aus dieser ausgeschlossen wurde. So verständlich die Reaktion der Gruppenleiter, so sehr stärkt sie in diesem Fall die Anbindung an rechtsextremistische Zusammenhänge.
- : Jörg Fischer weist darauf hin, dass politische Inhalte nicht im Mittelpunkt der ersten Treffen im Kreis der „Jungen Nationaldemokraten“ gestanden hätten. Leitmotiv der Anwerbegespräche durch einen NPD-Funktionär ist das „Kameradschafts“-Erleben. Als Annäherungsgrund sind ideologisch geprägte Inhalte in der Regel nicht zentral, sie werden als Prämisse der „Kameradschaft“ nicht hinterfragt und in der Regel verinnerlicht: Sven: „Man ist nicht vom einen auf

den anderen Tag fest in der Ideologie drin, das ist ein Prozess, der kommt so langsam, es wird viel über Musik gemacht. Man hört die Musik und verinnerlicht das. Man zweifelt bestimmte Dinge nicht an, das ist dann halt so. Man war rechts, man war Skinhead, man war gegen Ausländer, man hat Alkohol getrunken.“ Der Grad der Ideologisierung unterscheidet sich in den zehn Beispielen je nach Position der Akteure in der Szene und je nach Teilbereich des Rechtsextremismus, in dem sie diese Aktivitäten entfalten.

- : Im Zuge einer rechtsextremistischen „Karriere“ erleben die Betroffenen spezifische Anerkennungs- und Erfolgserfahrungen, die zum Verbleib in der Szene und zur Ausweitung der Aktivitäten animieren. Sie erreichen Positionen, die ihnen im eigenen Empfinden Bedeutung verleihen. Dabei kann es sich um die führende Stellung in einer „Kameradschaft“ handeln, um Vorstandspositionen auf Landes- oder Bundesebene, um lokale, regionale oder überregionale Medienkontakte, insbesondere Fernsehinterviews, oder um internationale Kontakte, mitunter zu Personen, die zur Szene-Prominenz zählen. Der Reiz der Szene dürfte also auch in dem Maß steigen, in dem Jugendliche in demokratischen Kontexten die Erfahrung machen, dass ihr Beitrag nicht wesentlich ist, und ihnen Verantwortung nicht zugetraut wird.
- : Die rechtsextremistische Szene löst das Kameradschaftsversprechen nicht ein. Kaum eine Biografie macht dies so deutlich wie die Stefan Michael Bars: „Freundschaft für’s Leben, daran habe ich geglaubt. So aber war es nie. Wenn ich eines gelernt habe, dann diese brutale Kluft zwischen ‚Kameradschaft‘ und Freundschaft. [...] In der Szene ist jeder dein ‚Kamerad‘, genauso wie du es für jeden bist, für jeden sein musst. Die freie Wahl hat niemand, alle für einen und einer für alle. Eine beschissene Lüge. Wenn’s hart auf hart kommt, interessiert das keinen Arsch, jeder ist sich selbst der Nächste. In die ‚Kameradschaft‘ wird man reingedrängt, egal, ob dir der andere sympathisch ist oder nicht. Ein Ziel, eine Gemeinschaft, Zwangsgemeinschaft. Sich dagegen aufzulehnen, würde heißen, sich außerhalb der Gemeinschaft zu stellen. Überlebt man nicht. Die Gruppe ist es, die einem Halt und zugleich Bestätigung gibt. Alle sind gleich, der Einzelne ein Nichts.“ Solche Erfahrungen in der Bildungsarbeit aufzugreifen erscheint als ein wichtiger Beitrag zur Prävention.
- : Dem Ausstieg geht ein oft jahrelanger, äußerlich kaum merklicher Distanzierungsprozess voraus. In den Porträtskizzen finden sich Beispielen, wie Außenstehende die Distanzierung gefördert haben – gerade weil sie sich jeglicher Bekehrungsbemühungen enthalten haben: Freundinnen und Freunde, Eltern, eine Therapeutin, ein Filmregisseur, Theaterschaffende, ein Richter, ein Mitglied einer jüdischen Gemeinde. Ihnen gemeinsam ist die Haltung, die sie dem Betroffenen entgegengebracht haben: Sie haben durch Gespräche auf Augenhöhe und in der Regel unter Vier-Augen-Bedingungen Vertrauen gewonnen, zur Irritation scheinbarer ideologischer Gewissheiten beigetragen, Impulse gesetzt, die zum Teil erst deutlich später in einen erklärten Ausstieg mündeten. Diese Persönlichkeiten haben an ihrer Ablehnung des rechtsextremistischen Denkens und Handelns keinen Zweifel gelassen – die Aussteiger beschrieben, dass sie den Kontakt zu ihnen gleichzeitig als menschliche Wertschätzung empfunden haben.
- : Vor allem in den Autobiografien von Christine Hewicker und Stefan Michael Bar stoßen wir auf Gespräche und Begegnungen, die während der Haft Impulse zur Distanzierung von der rechtsextremistischen Szene und ihrem Gedankengut gegeben haben. In diesen Fällen ging die mehrjährige Haft mit anderen Einflüssen als den Szene-Kontakten einher und mit schmerzhafter Selbstreflexion. In den Berichten von Bar, Nick W. Greger und Odfried Hepp werden aber auch intensive Bemühungen insbesondere der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und ihre Angehörigen e.V.“ (HNG) deutlich, eben diese Distanzierung zu verhindern. Greger weitet seine rechtsextremistischen Kontakte im Gefängnis sogar aus und legt den Grundstein für internationale Aktivitäten. Es ist nur zu offensichtlich, dass Haft kein Garant für die Ablösung von der Szene ist – es bestehen aber durchaus Chancen, die

Distanzierung in dieser Phase zu fördern. Kontakte zu Mitgefangenen und anderen Personen, zu denen Vertrauen entsteht, – in den untersuchten Fallbeispielen etwa eine Bewährungshelferin und ein Richter – können hierzu beitragen. Im Falle Stefan Michael Bars hat ein durch den Gefängnispfarrer vermitteltes Gespräch mit einem Juden zu Rissen im antisemitischen Feindbild geführt. Aus diesen Erfahrungen sind keine Patentrezepte abzuleiten – aber der Hinweis, Haftzeiten als Chance zu verstehen, um die Auseinandersetzung mit dem rechtsextremistischen Denken zu fördern und neue Perspektiven zu unterstützen.

- : In den Berichten von Aussteigern, die auch eigene Gedankenwelten in der Rückschau offen legen, erweisen sich Rechtsextremisten vielfach in einem eigentümlichen Sinne als Idealisten. Mehrere Beispiele machen deutlich, dass ihr Denken und Handeln, an deren menschenfeindlichem Charakter kein Zweifel besteht, subjektiv auf moralischen Ansprüchen basieren. So ist Jan Zobel zu verstehen, wenn er aus Sicht des Szene-Anhängers schreibt: „Ich fühle mich als Vorkämpfer für eine neue, bessere Welt. [...] Ich wähne mich als Missionar unter Ungläubigen, denen die Augen geöffnet werden müssen, damit sie ihre miserable Lage erkennen und diese verändern. Mit uns, den nationalen Kräften.“ Christine Hewicker geht davon aus, dass sie selbst in Zeiten rechtsterroristischer Aktivitäten von einer Haltung getrieben war, die sie als „Gerechtigkeitssinn“ und „Helfersyndrom“ bezeichnet. Es liegt insofern nahe, dass moralische Hinweise allein kaum Wirkung zeigen können. Die rechtsextremistischen Wertvorstellungen in der Bildungsarbeit und im Kontakt mit rechtsorientierten Jugendlichen zu hinterfragen könnte dagegen den kritischen Blick schärfen bzw. Irritationen rechtsextremistischer Einstellungen auslösen.
- : Der Ausstieg aus dem Rechtsextremismus ist ein komplexer Prozess, der für Ausstiegswillige aus geradezu existenziellen Gründen angstbesetzt ist. Aus diesem Grund verbieten sie sich mitunter den Gedanken an einen Ausstieg, wenngleich die innere Distanzierung weit fortgeschritten ist. Ausstieg steht in dieser Zeit vor allem für drohenden Verlust: der „Kameraden“, der Erlebniswelt, der Identität und Gewissheiten, auch der körperlichen Sicherheit. Angst vor Racheakten war ausführliches Thema beider Aussteigergespräche und wird in Autobiografien häufig beschrieben. Mitunter ist auch von zeitweiliger Neigung, in die Szene zurückzukehren, die Rede. Persönlichkeiten, die ermutigen, Hilfe und Schutz anbieten, spielen im Ausstiegsprozess eine wichtige Rolle. Dies können professionelle Ausstiegshilfen ebenso sein wie die unterschiedlichsten Bezugspersonen. Gerade wenn sich ein Gesprächskontakt während der Szene-Zugehörigkeit erhalten hat, können Eltern eine wichtige Stütze des Ausstiegsprozesses sein.

4 Internet der Grauen Wölfe

Die Ülkücü-Bewegung¹⁰ – auch „Graue Wölfe“ (türk. „Bozkurt“) genannt – ist dem türkischen rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen. Der „Graue Wolf“ ist eine Figur aus dem vorislamischen Entstehungsmythos der türkischen Stämme. Die Bewegung verfügt in NRW über etwa 70 Vereine und hat ihre Präsenz im Internet in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Sie nutzt intensiv Webseiten, Blogs und Portale zur Selbstdarstellung sowie zur Verbreitung ihrer nationalistischen, rassistischen und Gewalt verherrlichenden Ideologie. Dabei dient das Internet zunehmend als virtuelles Betätigungsfeld. Bei Internetrecherchen fielen immer wieder Audios und Videos der Bewegung auf, in denen unverhohlen zur Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen wird.

Türkentum und Islam

Die Ülkücü-Bewegung ist hierarchisch organisiert und auf den "Basbug" (den Führer) hin ausgerichtet. Der 1917 auf Zypern geborene und 1997 in Ankara gestorbene Alparslan Türkeş wird als „ewiger Führer“ der Bewegung verehrt. Ein Kernelement der Ülkücü-Ideologie ist die Verherrlichung des „Türkentums“. Aber auch der Islam wird als identitätsstiftend betrachtet. Er gilt als untrennbarer Teil der türkischen Kultur. "Islam ist unsere Seele, Türkentum ist unser Leib", ist ein gängiger Ausspruch unter den Ülkücü-Anhängern. Dennoch spielt die Bezugnahme auf den Islam in den Verlautbarungen der Ülkücü-Bewegung eine eher untergeordnete Rolle. Der Islam ist der Ideologie zufolge zwar Bestandteil und Ergänzung der türkischen Identität, er wird jedoch als eine dem Türkentum untergeordnete Komponente wahrgenommen. So ist die Religionsauffassung der Bewegung auch in erster Linie eine „türkisch-islamische“.



Landkarte, die eine fiktive „Türkisch-islamische Union“ verzeichnet. Übertitelt mit: „Bringt Ruhe, Frieden und Liebe“

¹⁰ Türkisch für „Idealisten“

Das Hauptziel der Ülkücü-Bewegung ist die weltweite Vereinigung der Türken in einem fiktiven Land „Turan“, das sich vom Balkan bis zur „Behringstraße“ erstreckt. Es sind Züge einer irredentistischen¹¹ Ideologie erkennbar, wonach möglichst alle Vertreter einer bestimmten – hier der türkischen – Ethnie in einem einheitlichen Staat Turan zusammengeführt werden sollen. Dieses Motiv durchzieht die Webseiten der Anhänger der Ülcücü-Bewegung wie ein roter Faden:



Screenshot der Webseite „www.hedefaturan.de“. (hedefaturan = Unser Ziel ist Turan). Das Motto der Webseite ist „Unser Führer ist Koran, unser Ziel ist Turan“.

Turanistische bzw. pantürkistische Inhalte sowie der Begriff „Türk Dünyası“ (die türkische Welt) sind neben den Hauptsymbolen der Bewegung wie dem „Grauen Wolf“ und den „Drei Halbmonden“ auf fast allen Webseiten, Blogs und Plattformen zu finden, die der Bewegung zuzurechnen sind.

¹¹ Irredentismus ist die Ideologie jeder politischen Bewegung, die danach strebt, die abgetrennten Gebiete mit einer nationalen Minderheit und verwandten Ethnien wieder dem Vaterland anzuschließen.

Symbole der Ülkücü-Bewegung



Heulender Wolf mit drei Halbmonden.



Der Bozkurt-Gruß: Er symbolisiert einen Wolfskopf.

Innere und äußere Feinde

Das Weltbild der Ülkücü-Anhängerschaft ist von einem rigiden Freund-Feind-Denken geprägt und einfach strukturiert. Es herrscht die Auffassung, die Menschheit sei in Freunde und Feinde des „Türkentums“ aufgeteilt. Zu den wenigen Freunden gehören u. a. die Tschetschenen¹². Es gibt viele einschlägige Ülkücü-Websites, die offen die Tschetschenen unterstützen.

Es wird zwischen inneren und äußeren Feinden des Türkentums unterschieden. Zu den „inneren Feinden“ zählen Kurden, Aleviten, Armenier und innenpolitische Gegner, insbesondere die Regierungspartei AKP sowie die Freimaurer. Zu den „äußeren Feinden“ werden Juden, Amerikaner, Russen, Chinesen und Europäer gezählt. Bei der Auswahl von Feindbildern sind neben politischen auch rassistische Motive ausschlaggebend. Innerhalb der Ülkücü ist bis heute eine rassistische Strömung feststellbar, die auf den Ideologen Nihal Atsız zurückgeht. Seine Hauptthese war die Überlegenheit der türkischen über alle anderen Rassen. In einem Testament an seinen Sohn formulierte er am 4. Mai 1941 Folgendes:

¹² Es gibt in der heutigen Türkei viele Tschetschenien-stämmige Türken. Sowohl islamisch und islamistisch orientierte Gruppierungen als auch die ebenfalls unter den turksprachigen Völkern wie Aserbaidshaniens agierenden Graue Wölfe konkurrieren um die Angehörigen dieser als kämpferisch, mutig und religiös-konservativ bekannten ethnische Gruppe.

„Die Juden sind die verdeckten Feinde aller Nationen. Die Russen, Chinesen, Perser und Griechen sind unsere historischen Feinde. Die Bulgaren, Deutschen, Italiener, Engländer, Franzosen, Araber, Serben, Kroaten, Spanier, Portugiesen, Rumänen sind unsere neuen Feinde. Die Feinde von Morgen sind die Japaner, Afghanen, und Amerikaner. Die Armenier, Kurden, Tscherkessen, Abazen, Bosniaken, Albaner, Pomaken, Lazen, Lezgier, Georgier und Tschetschenen sind unsere inneren Feinde. Um gegen so viele Feinde zu kämpfen, muss man sich gut vorbereiten. Der Allmächtige möge Dir helfen!“

Während in der heutigen Ülkücü-Bewegung aufgrund politischer Entwicklungen ethnische Gruppen wie Tschetschenen und Bosniaken zu Freunden geworden sind, wurden alte Feindbilder beibehalten. Die Liste der Feindbilder variiert jedoch je nach aktueller politischer Lage.

Typisch für die Ülkücü-Bewegung ist darüber hinaus, dass Feindbilder miteinander vermischt werden. Angesichts des Gaza-Konflikts werden sowohl Juden als auch Amerikaner, Europäer und Kurden für das Schicksal der Palästinenser verantwortlich gemacht und die Türken als Retter dargestellt. Zunehmend wird die „Christliche Welt“ als Gegenbild der „gerechten türkischen Welt“ dargestellt und als „Kollaborateur des grausamen Judentums“ beschimpft.



Screenshot aus einem Propagandavideo von Ülkücü-Anhängern (gesehen bei YouTube)

Verschwörungstheorien und Homophobie

Die Ülkücü-Bewegung bedient sich darüber hinaus diverser Verschwörungstheorien, die als Erklärungsmuster für alle möglichen negativen Ereignisse und Entwicklungen weltweit dienen. So sind Anhänger der Bewegung beispielsweise der Überzeugung, dass ihre „inneren“ und „äußeren Feinde“ stets darauf bedacht seien, das Türkentum zu diskreditieren und ihm zu schaden.



Homophobie, d.h. die Feindseligkeit gegen Homosexuelle, ist unter der Anhängerschaft der Bewegung stark verbreitet. Homosexuelle werden nicht als gleichberechtigt angesehen und der Begriff „schwul“ wird als Schimpfwort benutzt. In vielen Videos der Ülkücü werden Kurden, darunter insbesondere Abdullah Öcalan oder auch Amerikaner, häufig der ehemalige US-Präsident George W. Bush, als Schwule beschimpft und mit obszönen Begriffen beschrieben. Es soll auch in Deutschland in der jüngsten Vergangenheit vereinzelt zu Übergriffen von Ülkücü-Anhängern gegenüber Homosexuellen gekommen sein¹³.

Screenshot aus einem Video mit homosexuellenfeindlichen Beschimpfungen

Zwei Hauptströmungen

Innerhalb der Ülkücü-Bewegung haben sich zwei Hauptströmungen herausgebildet. Beide Strömungen sind in der Türkei und in Europa jeweils durch eine Partei, eine Massenorganisation und verschiedene Vereine vertreten. Die beiden Strömungen sind:

- : Die „Partei der nationalen Bewegung“ MHP (Milliyetçi Hareket Partisi), deren nahestehende Organisation in Europa die „Türkische Konföderation in Europa“ (ATK) und in Deutschland die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ ADÜTDF (Almanya Türk Dernekleri Federasyonu) ist. Die MHP ist extrem nationalistisch ausgerichtet, aber auch stark durch islamische Inhalte geprägt.



Die Homepage der ADÜTDF zeigt den „ewigen Führer“ der Ülkücü-Bewegung "Basbug" Türkeş Alparslan. Oben rechts ist das Ülkücü-Symbol – der heulenden Wolf – zu erkennen

¹³ TAZ vom 09. 06. 2008 „Überfall auf Drag Kings“; Tagesspiegel vom 11. 06. 2008 „Demo gegen Attacken auf Schwule und Lesben“

: Die „Große Einheitspartei“ BBP (Büyük Birlik Partisi) in der Türkei, die in Europa durch den „Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa“ ATB (Avrupa Türk Birliği) vertreten wird. Die BBP verfügt über eine Massenorganisation namens „Alperen Ocakları“.



Die Webseite des „Verbands der Türkischen Kulturvereine in Europa“ (ATB) zeigt die übliche Berichterstattung der Bewegung. Die Vereinten Nationen werden als „Garant für den Zionismus“ dargestellt. Rechts ist der Link zum Alperen-Rundfunksender zu finden.



Symbole der Alperen-Jugendbewegung

Zunehmende Islamisierungstendenzen unter der Ülkücü-Anhängerschaft führten Anfang der 1990er Jahren zu dieser eher islamisch orientierten Abspaltung. Das heißt nicht, dass sich diese Bewegung von extrem nationalistischen Ansichten distanziert hätte. Die Strömung hat den Islam zwar stärker in den Vordergrund gerückt und sucht auch die Nähe zu islamischen Gruppen, doch ist sie im Kern dem Primat des Türkentums treu geblieben. Innerhalb der beiden Hauptströmungen gibt es zahlreiche Nebenströmungen, die sich der Hauptargumente und Symbole der Ülkücü bedienen, aber eigene Schwerpunkte setzen.



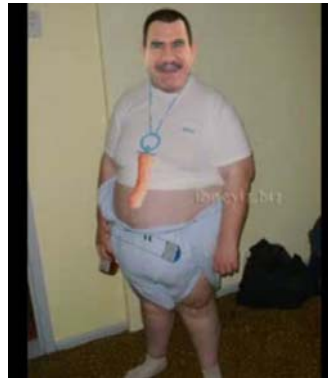
Berliner Jugendliche in einem ATB-Vereinsheim

Aktivitäten der Ülkücü im Internet

Die beiden Strömungen der Ülkücü-Bewegung verfügen über ein umfangreiches Netzwerk im Internet. Die meisten Webseiten sind durch Verweise miteinander verknüpft; so genügt es in der Regel, eine Einstiegsadresse aufzurufen, von der aus man weitergeleitet wird. Auch die Eingabe eines relevanten Begriffs der Ülkücü-Bewegung, etwa Alperen (mittelasiatische Kämpfer), Ülkü (Ideal), Ocak (Feuerstelle), Ötüken (mythischer Ort), Ergenekon (Ursprungsmythologie), Otağ (Zelt) oder Turan (fiktives Vaterland aller Türken) usw. reicht bei gängigen Suchmaschinen aus, um mit dem Netzwerk der Ülkücü-Bewegung verlinkt zu werden. Durch Linksammlungen gelangt man zu einem umfassenden Angebot von Ülkücü-Webseiten sowie zu der Internetszenarie der sogenannten Dış Türkler (Außen-Türken), also den Uiguren, Türkmenen, Kazaken etc., die zu den Turkvölkern gezählt werden.

Aggressive, hetzerische Propaganda

Viele der Ülkücü-Webseiten zeichnen sich durch aggressive audio-visuelle Animationen und animierte Grafiken aus. Auf einigen Webseiten und Portalen wird die hetzerische Propaganda mit blutigen, hasserfüllten Videos und Liedern untermalt. So werden beispielsweise Kurden, Armenier, Israelis und Amerikaner zur Zielscheibe von obszönen Beschimpfungen und Verleumdungen.



Screenshots aus einem Hassvideo der Ülkücü von der Videoclip-Plattform YouTube; sie zeigen verunglimpfende Darstellungen des PKK-Führers Öcalan

Auf fast allen Webseiten und in vielen Videoclips findet sich der „Ülkücü-Eid“:

„Ich schwöre bei Gott, dem Koran, bei meiner Heimat, bei meiner Flagge. Ich versichere meinen Märtyrern und Invaliden, dass ich meinem Eid treu bleibe. Als idealistische, türkische Jugend werden wir unseren Kampf gegen den Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und alle Arten von Imperialismus weiterführen. Wir werden den Kampf bis zu unserem letzten Anhänger, letzten Atemzug, letzten Blutstropfen fortsetzen. Unser Kampf wird fortgesetzt bis wir unsere Ideale, die nationalistische Türkei, das Reich Turan, erschaffen haben. Wir werden niemals aufgeben, wir werden niemals untergehen, wir werden siegen, siegen, siegen. Gott beschützt den Türken und möge ihn erheben.“

Propaganda und Selbstdarstellung in Blogs und Videoportalen

Im Internet sind zahlreiche Blogs der Ülkücü-Bewegung, zum Beispiel „Ülkücü Milliyetçi Turancı Blog“ (www.fatihd.blogcu.com) und „Bozkurt Blogcu“ (www.blogcu.com/etiket/bozkurt/20) zu finden. Die weltweite Ülkücü-Anhängerschaft nutzt diese Blogs, um Meinungen auszutauschen. Großer Beliebtheit erfreuen sich Video-Portale wie YouTube und Facebook. Auf Facebook befinden sich verschiedene Ülkücü-Gruppenseiten, doch ein Zugriff darauf ist ohne Empfehlung eines Mitgliedes der Gruppe nicht möglich. Im offenen Bereich dieses Portals kann man Propagandamaterial der entsprechenden Facebook-Gruppe abrufen, ohne jedoch Näheres zur Herkunft der Schriften zu erfahren. Auch aktuelle Informationen über Vorstellungen und Ziele innerhalb der jeweiligen Gruppe sucht man vergeblich. Im Gegensatz dazu sind die meisten der auf YouTube eingestellten Videoclips der Ülkücü ohne vorherige Anmeldung abrufbar. Einige besonders obszöne Videos sind jedoch ausschließlich für Besucher ab 18 Jahren freigegeben.

Viele Videos zeichnen sich durch aggressive Angriffe insbesondere auf die Kurden aus. So heißt es in einem Video: *„Dieser Rap geht an die ganzen Kurden, Hurenöhne, die Scheiß-PKK-Leute. Das ist ein Bozkurt-Rap, hast Du das denn nicht gecheckt? [...] Kurde verreck, Du Stück Dreck, dies ist ein Türkisch-Gangsta-Rap.“*



Ülkücü-Video mit Hassparolen gegen Kurden;
veröffentlicht auf YouTube

In anderen Videos stilisieren sich Jugendliche als „harte Männer“, die – notfalls mit Ihrem Leben – die Türkei verteidigen. Die nationalistische Überhöhung der Türkei ist neben Drohungen gegen Kurden das zweite Hauptmotiv in vielen Videos. Dort heißt es:

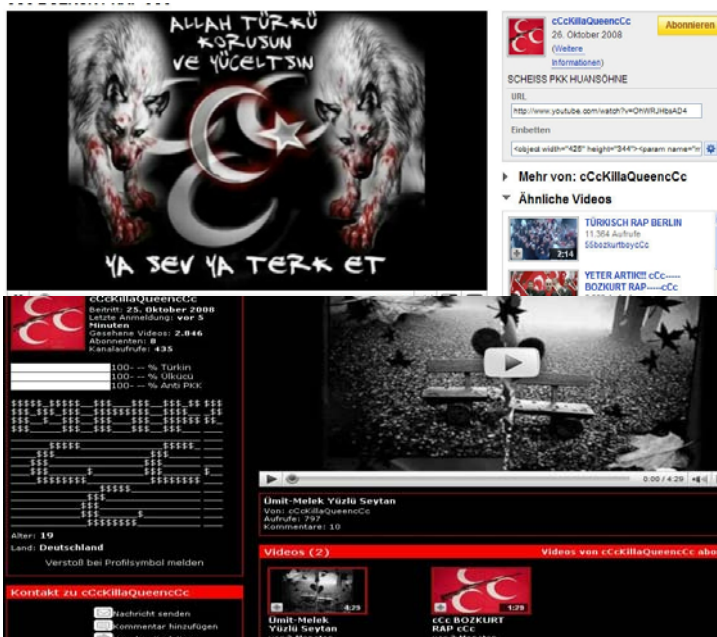
„Die Stimme aus dem Untergrund, man nennt mich auch den grauen Wolf [...] wir sind stark wie 1000 Volt. Du willst mich batteln, Du hast einen Fehler gemacht! Und für die sechs in Mathe hab' ich meinen Lehrer geklatscht. [...] Bozkurt und ich halten die türkische Fahne hoch. Du willst mein Land beleidigen und ich geb' Dir den Gnadenstoß.“

Unterlegt wird der Sprechgesang mit Fotos türkischer Soldaten und Fahnen, symbolträchtiger Gebäude und immer wieder den Kennzeichen der Ülkücü-Bewegung.



Antikurdisches Drohvideo; veröffentlicht
auf YouTube

Es fallen immer wieder mutmaßlich türkischstämmige Jugendliche auf, die persönliche Videoclips mit eigenen Fotos und Ülkücü-Symbolik auf Videoportalen verbreiteten. Die Verwendung entsprechender Symbole und Phrasen scheint für Jugendliche eine sinngebende und identitätsstiftende Wirkung zu haben. Bei den Videoclips handelt es sich in der Regel um Musik – genauer: Rapmusik – häufig in gebrochenem Deutsch. Abgesehen von diesen Musikdarbietungen in deutscher Sprache wird in den Videos überwiegend Türkisch gesprochen und gesungen.



Screenshot von YouTube mit Ülkücü-Slogans: „Liebe es oder verlasse es! - Gott beschützt den Türken und möge ihn erheben.“

YouTube-Profil des Urhebers des Videos mit den einschlägigen Symbolen

In den Videoclips sind die Instrumentalisierung von Kindern und die Gewaltverherrlichung auffällig. Auch dokumentieren Videos immer häufiger Tekbir (Allah ist groß)-Rufe von Ülkücü-Jugendlichen.

Aktuelle Ereignisse im Internet

Aktuelle Vorfälle schlagen sich häufig unmittelbar in den Veröffentlichungen im Internet nieder. Als Beispiel dafür können die Ereignisse im Oktober 2007 an verschiedenen Orten in Deutschland angeführt werden. Damals gab es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Ülkücü-Bewegung und des KONGRA-GELs (ehemals PKK). Vorausgegangen war ein monatelanger deutschlandweiter virtueller Kampf zwischen Ülkücü- und KONGRA-GEL-Anhängern, der durch Hassvideos, aggressive Aussagen und Lieder ausgetragen worden war. Die Spannung zwischen den beiden extremistischen Gruppen war zuerst auf Homepages der Gruppierungen sichtbar geworden. Eine Gruppe von Ülkücü-Jugendlichen aus verschiedenen Städten in Deutschland, die sich als „Bozkurt-Mafia“ bezeichnen, stellten schon damals zahlreiche Hass schürende Videoclips und Raps ins Netz, die sich gegen Kurden richteten; so hieß es etwa:

„Kurde verreck, weißt du was, du Hurensohn, du hast es nicht gecheckt: Türken sind am Start, also geh weg!“



Screenshot aus einem Video bei YouTube: In diesem Video werden Kurden verhöhnt, weil ihr Land staatsrechtlich nicht existiert.

Eine Gruppe von kurdischen Jugendlichen antwortete in ähnlicher Art und Weise und rappte:

„Wir sind Killerkurden, kämpfen für die Freiheit unseres Landes Kurdistan gegen euch Missgeburt.“

Ein anderes Beispiel für die Reaktion auf aktuelle Vorfälle durch die Ülkücü-Szene sind die Aktivitäten des sogenannten „Ayyildiz“-Hackerteams. Das Team hackte 2008 zahlreiche deutsche Webseiten. Diese Aktivitäten kamen für Beobachter der Szene nicht überraschend. Das Ayyildiz-Hackerteam hatte zuvor schon Webseiten vieler seiner „Feinde“ angegriffen, darunter auch kurdische.

Anlass für die Hackerangriffe durch Ülkücü-Anhänger auf deutsche Webseiten war ein Brand in einem überwiegend von Türken bewohntes Haus in Ludwigshafen am 3. Februar 2008, bei dem neun Menschen ums Leben kamen. Als Motiv für die Hacker-Angriffe in Deutschland wurde „Rache an den Deutschen“ genannt. Damals versuchten nationalistisch orientierte türkische Gruppierungen, darunter besonders die Ülkücü, die Atmosphäre zwischen der türkischstämmigen Bevölkerung und den Deutschen zu vergiften, indem immer wieder an die fremdenfeindlichen Anschläge in Mölln und Solingen erinnert und Unsicherheit verbreitet wurde. Durch das Hacken von Webseiten konnte das „Ayyildiz“-Hackerteam der deutschen Wirtschaft erheblichen finanziellen Schaden zufügen.¹⁴ Betroffen waren so unterschiedliche Homepages wie ein Stromanbieter und ein Vertrieb für Heimtextilien.

NRW Bezüge

Die Auswertung von Videos aus Internetportalen hat ergeben, dass es in zahlreichen Städten Nordrhein-Westfalens Jungendszenen gibt, die sich mit der Ülkücü-Ideologie identifizieren (etwa in Köln, Gelsenkirchen, Bonn und Duisburg). Diese Jugendlichen sind äußerst aktiv in der Herstellung eigener Videos und Raps, die sie im Internet verbreiten. Es ist davon auszugehen, dass sich mittlerweile nicht zuletzt durch das Internet eine eigen Jugendkultur der Ülkücü etabliert hat. Diese Jugendszene scheint sich weiter zu radikalieren. So wurde der Gaza-Konflikt 2008/2009 vielfach zum Anlass genommen, martialische Propagandavideos ins Netz zu stellen.

¹⁴ <http://www.focus.de> vom 13.07. 2008: „Türkische Nationalisten erklären EU den ‚Cyber-Krieg‘“; www.mitglieder.staronline.de vom 11.02. 2008: „Hacker-Gruppe kündigt Rache für Brandopfer an“.

Dabei orientiert sich eine Ülkücü-Gruppe aus Bonn-Endenich an der Machart islamistischer Drohvideos.

Fazit

Die Internetaktivitäten der Ülkücü-Anhängerschaft weisen verfassungsfeindliche Merkmale auf. Die hasserfüllte Propaganda gegen bestimmte Nationen, Religionen, Ethnien und Minderheiten verstößt gegen das Prinzip der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 GG). Viele Aussagen und Darstellungen, die sich in Internet-Beiträgen der Bewegung finden (z. B. Beschimpfung von Juden, Kurden oder Demütigung von Homosexuellen) verstoßen darüber hinaus gegen die Würde des Menschen (Art. 1 GG).

Der Einfluss des Ideologietransfers auf Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland bzw. in NRW ist nicht zu unterschätzen. Die Internetnetzwerke haben sich selbstständig und spielen eine große Rolle im Alltagsleben vieler Jugendlicher. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die Aussagen und Inhalte der Webseiten, Blogs und Portale der Ülkücü-Bewegung auf ihre Anhängerschaft (Sympathisanten) in Deutschland bzw. in NRW mobilisierend auswirken. Für diese Annahme spricht, dass Jugendliche bei der Zusammensetzung ihrer Videoclips systematisch auf Animationen, Inhalte und Bilder populärer Ülkücü-Webseiten zurückgreifen. Auch die Vielfalt und Vielzahl der Internetauftritte und Videos sprechen dafür, dass sich in Deutschland eine Anzahl von Jugendlichen türkischer Herkunft für die extrem nationalistische und hasserfüllte Ideologie der Ülkücü-Bewegung begeistert und diese mit Hilfe der neuen Medien weiterverbreitet.

Die Internetauftritte und Videos legen die Vermutung nahe, dass die Ülkücü-Bewegung mit ihren Positionen und Forderungen das Entstehen einer extremistischen, isolierten Jugendbewegung in Europa und auch in Deutschland fördert. Sie entfalten dadurch letztlich auch eine starke integrationshemmende Wirkung.

5 Jugendliche im Fokus islamistischer Propaganda

Jugendarbeit nimmt bei islamistischen Organisationen in Deutschland einen hohen Stellenwert ein, denn nur wer junge Menschen für seine Ziele und Ideen gewinnt, sorgt auch für eine Nachwuchsgeneration und sichert so sein Fortbestehen. Vor allem legalistische Organisationen wie die "Islamische Gemeinschaft Milli Görüş" oder die "Muslimische Jugend in Deutschland" engagieren sich sehr stark in diesem Bereich. Trotz weniger fester Strukturen bemühen sich aber auch zum Beispiel salafistische Moscheevereine und Prediger um Jugendliche, dies vor allem durch Internetbeiträge und Veranstaltungen mit Erlebnischarakter.

Bildungs- und Jugendarbeit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş e. V. (IGMG)

Die Bildung von Kindern und Jugendlichen nimmt bei der IGMG einen anhaltend hohen Stellenwert ein. Sie hat dafür ein nach Alter, Zielgruppe und Geschlecht differenziertes Angebot zu bieten, das möglichst alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen abdecken soll. Hierbei verfolgt die Organisation auch das Ziel, Jugendliche möglichst früh an sich zu binden. Die Vermittlung religiöser Inhalte steht ebenso im Vordergrund wie die Herausbildung einer „islamischen Identität“. So kritisierte der Vorsitzende der Abteilung Bildung und Erziehung der IGMG im Rahmen der Vorbereitungen der von der IGMG jährlich durchgeführten „Sommerschulen“, dass sich „die in Europa lebenden Kinder in einer Identitätskrise“ befänden und „die Regierungen keine Lösungen“ anböten. Für eine erfolgreiche Ausbildung und Erziehung sei es unerlässlich, dass die Kinder nicht vergäßen, dass sie Muslime seien.

Dieses aus religiöser Sicht zunächst berechtigt erscheinende Anliegen, dem in einem Religionsfreiheit gewährenden Rechtsstaat nichts entgegensteht, ist deshalb problematisch, weil von Seiten der IGMG in Anlehnung an die Milli-Görüş-Ideologie der Islam immer wieder als Lösung für gesellschaftliche und politische Fragen dargestellt wird. Es wird suggeriert, dass alle Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen in den Gesellschaften durch den Islam, so wie Milli Görüş ihn versteht, aufgehoben werden würden. Damit aber wird der Islam als ordnungspolitisches Modell aufgefasst, das dem bestehenden gegenüber steht. Für Milli Görüş ist der Islam und das Muslim sein also mit dem Anspruch verbunden, im Islam das bessere, wahre, gottgegebene Gesellschafts-, Rechts- und Politikmodell zu besitzen. Die westliche Demokratie, die auf der Volkssouveränität beruht, wird dagegen als Ursache allen Übels in der Gesellschaft kritisiert.

Die IGMG bietet neben zahlreichen weiteren Veranstaltungen Sommerschulen für Kinder und Jugendliche in den Ferien an, in denen die Teilnehmer religiöse Inhalte lernen, Sprachkenntnisse in Türkisch und Arabisch erwerben und Freizeitangebote nutzen können. Die Bedeutung dieser Schulen wird unter anderem mit der Begründung unterstrichen, dass sie zur Persönlichkeitsbildung von Kindern beitragen. Im Rahmen der Kurse scheint es jedoch nicht nur um reine Wissensvermittlung zu gehen, sondern auch um eine Prägung der Teilnehmer im Sinne der IGMG-Ideologie.

Ende der 1990er Jahre brachte die IGMG im Rahmen ihrer Bildungsarbeit ein dreibändiges Lehrwerk mit dem Titel „Grundwissen“ heraus („Temel Bilgiler 1-3“), das bis heute als Standardwerk im Bereich der organisationseigenen Jugendbildung gilt. „Temel Bilgiler“ soll den Ver-

antwortlichen in Moscheen sowie den Eltern bei der Unterrichtung der Kinder in Freizeit und Ferien dienen.

In den Büchern werden problematische Aspekte – etwa ein dem Propheten Muhammad zugewiesener Ausspruch, dass ein Mann das Recht habe unter bestimmten Umständen seine Frau „leicht“ zu schlagen – dargestellt, ohne sie in die heutigen gesellschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten einzuordnen und hierzu Stellung zu beziehen. Für Kinder und Jugendliche in Deutschland kann so der Eindruck entstehen, dass einem muslimischen Ehemann das Schlagen seiner Frau erlaubt sei, was klar gegen geltendes Recht und die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter verstößt.

Des Weiteren bleiben religiöse Begriffe, die auch in Milli-Görüş-Ideologie verwendet werden, mehrdeutig, so dass Interpretationsspielräume entstehen und man sie ebenso religiös wie auch islamistisch deuten kann.

Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD)

Die 1994 gegründete MJD ist eine deutschsprachige multinationale islamische Jugendorganisation mit einem flächendeckenden Netz von Lokalkreisen. Sie wird dem sogenannten Pop-Islam zugerechnet, der eine moderne aber zugleich konservativ-religiöse Strömung unter muslimischen Jugendlichen bezeichnet. Elemente der nichtreligiösen Jugendkultur wie Streetwear und Musikrichtungen werden dabei übernommen und mit islamischem Inhalt gefüllt, verbunden mit einem expliziten Selbstverständnis als deutsche Muslime.

Die MJD bietet zahlreiche Freizeitaktivitäten und Seminare für junge Muslime an. So veranstaltete sie zum Beispiel diesen Sommer auch in mehreren nordrhein-westfälischen Städten „Funday“, auf denen Jugendliche in einer „islamischen Atmosphäre“ an verschiedenen sportlichen Aktivitäten teilnehmen oder weitere Angebote wie Vorträge und Diskussionen besuchen konnten. Im Vordergrund sollte dabei der gemeinsame Spaß mit anderen jungen Muslimen stehen. Auf diese Weise weckt die MJD bei vielen Jugendlichen Interesse für ihre Angebote. Bei den Veranstaltungen wird die konservativ-islamische Geschlechtertrennung stets eingehalten, weshalb es für Mädchen und Jungen eigene Gruppen und Aktivitäten gibt.

Die MJD hat zwischen 200 und 300 Mitglieder. Das diesjährige „MJD-Meeting“ zum Beispiel fand jedoch nach eigenen Angaben unter Beteiligung von rund 1.000 Jugendlichen in Hessen statt. Über die Homepage können alle aktuellen Termine der Veranstaltungen abgerufen werden. Daneben verfügt die MJD über ein umfangreiches professionelles Schulungsprogramm für Mitglieder, in dem Jugendliche zu Multiplikatoren ausgebildet werden.

Ihrer Selbstdarstellung nach ist sie unabhängig. Es bestehen jedoch Zweifel an dieser Darstellung, da sowohl eine personelle als auch ideologische Nähe zur islamistischen Organisation der Muslimbrüder zu erkennen ist, weshalb sie sich den Ruf einer inoffiziellen Jugend- und Eliteorganisation der Muslimbruderschaft in Deutschland erworben hat. Die MJD bietet Personen aus diesem Spektrum auf ihren Veranstaltungen die Möglichkeit, ihre Ansichten unter jungen Muslimen zu verbreiten. Zudem besteht die Gefahr, dass durch die Schulungsprogramme den Multiplikatoren bei der Ausbildung islamistische Inhalte vermittelt werden, die diese dann wiederum in ihren Kursen an andere muslimische Jugendliche weitergeben. Diese Nähe zu einer extremistischen Organisation lässt die MJD in den Blick der Sicherheitsbehörden geraten.

Islamistische Propaganda im Internet

Ein wichtiges Medium zur Verbreitung islamistischer Propaganda ist das Internet. Viele islamistische Organisationen verfügen über eigene, teils mehrsprachige Homepages, auf denen sie ihre Ideologie verbreiten und neue Mitglieder werben.

Wer sich als Nichtmuslim im Internet über den Islam informieren will oder als Muslim seine Kenntnisse der eigenen Religion vertiefen will, landet zwangsläufig auch auf sogenannten Dawa-Seiten. Dabei handelt es sich um Internetseiten, die zum Islam einladen und auf den ersten Blick moderat erscheinen. Bei einer näheren Betrachtung jedoch ist der größte Teil dieser Seiten geprägt von einem strikt konservativen Islamverständnis, ein weitaus kleinerer Teil befürwortet offen Gewalt.

Die Dawa-Seiten, die zunehmend in deutscher Sprache erstellt werden, sind in der Regel multimedial und graphisch ansprechend gestaltet. Auf ihnen befindet sich ein reichhaltiges Angebot an Audio-, Video- und Textdateien. Einen Schwerpunkt der Propaganda bilden die Beiträge von Internetpredigern, die entweder speziell fürs Netz produziert wurden oder Mitschnitte von realen Veranstaltungen oder Moscheepredigten sind. So gibt es in Nordrhein-Westfalen wie im gesamten Bundesgebiet eine Prediger-Szene, die ihre Popularität vor allem ihren Auftritten im Internet verdankt. Ein großer Teil dieser Internet-Prediger vertritt einen strikt konservativen Islam, der in Teilen unvereinbar mit Vorstellungen ist, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung prägen. Predigten zum Geschlechterverhältnis fallen hier besonders auf. So ist immer wieder davon die Rede, dass es im Islam unterschiedliche Rechte und Pflichten von Mann und Frau gebe, da die Geschlechter von Natur aus unterschiedlich seien. Besonders liegt den Predigern das Thema Kopftuch am Herzen. Dieses wird grundsätzlich als religiöse Pflicht bezeichnet und vehement eingefordert. Verschiedene Sichtweisen zum Kopftuch, die innerhalb des Islam existieren, werden bewusst verschwiegen. Dies geschieht auch, um ein kritisches Hinterfragen zu unterbinden.

Das Weltbild der Internet-Prediger ist so einfach wie gefährlich. Danach ist die Menschheit in Gläubige und Ungläubige eingeteilt. Während allen Ungläubigen, übrigens auch solchen Muslime, die eine abweichende Islam-Auffassung haben, das Höllenfeuer angedroht wird, warten auf die „wahrhaft“ Gläubigen die Freuden des Paradieses. Die Furcht vor dem Jenseits lehren Internet-Prediger ihren Zuhörern, indem sie ihnen vermeintliche Höllenqualen in den sadistischsten Details ausmalen. Entsprechend labile und autoritätshörige Jugendliche laufen angesichts dieser auf Einschüchterung zielenden Drohpädagogik Gefahr, sich widerstandslos einer Gedankenwelt hinzugeben, deren Gefahren sie nur schwer einschätzen können. Für viele bieten die Internet-Prediger zunächst vor allem Orientierung in einer verwirrend erscheinenden Welt. Islamisten geben im Internet einfache Antworten auf alle Fragen der individuellen Lebensgestaltung. Sie weisen einen klaren, einfachen Weg, der kein eigenständiges Nachdenken erfordert. Dies erscheint besonders solchen Jugendlichen verlockend, die sich in der westlichen pluralistischen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Wahlmöglichkeiten und Lebensentwürfen schwer zu recht finden. Erst wer sich näher mit dem Islam-Verständnis der Internet-Prediger befasst, stellt fest, dass es stark fundamentalistisch geprägt ist. Der Popularität bestimmter Internet-Prediger tut dies jedoch keinen Abbruch. Im Gegenteil: Ihre Veranstaltungen sind in der Regel gut besucht, ihre Seiten werden tausendfach angeklickt. Die Beiträge enthalten meist ein klares Freund-Feindbild und sind in einfacher Sprache gehalten. Während man einerseits die angeblichen Ungläubigen diffamiert, vermittelt man andererseits seinen Anhängern das Bewusstsein mit der richtigen Religion „gesegnet“ und dadurch höherwertig zu sein.

Der Medienstar der Szene, ein Konvertit aus Nordrhein-Westfalen, versucht auch durch seine rheinische Frohnatur zu überzeugen. Seine Veranstaltungen werden vor allem von jungen Menschen besucht, deren Sprache er spricht und deren Probleme er zu kennen vorgibt. Mit seiner

einfachen, dialektgefärbten Ausdrucksweise und den vielen Beispielen aus dem Alltagsleben holt er jugendlich dort ab, wo sie sind. Dabei predigt er einen strikt rückwärtsgerichteten Islam, bezeichnet Christen als Götzendiener und zielt auf Abschottung von der angeblich ungläubigen westlichen Gesellschaft. Prediger wie er wirken der Integration von Muslimen entgegen und leisten im schlimmsten Fall ihrer Radikalisierung Vorschub.

Werbung neuer Mitglieder über das Internet

Ein salafistisch orientierter Moscheevereiner aus Nordrhein-Westfalen wirbt mit auf dem Videoportal YouTube eingestellten Beiträgen bei Jugendlichen dafür, den Verein zu besuchen. In einer Vielzahl von Videos wird durch die Darstellung der gemeinschaftlichen Aktivitäten der Moschee und der schönen Atmosphäre ein ansprechendes Bild vom Islam und des Vereins gezeichnet. Die zentralen Themen sind dabei die Gemeinschaft und Brüderlichkeit von Muslimen. Dabei stehen vor allem nichtreligiöse Aktivitäten wie Fußballspielen oder Grillen im Vordergrund, also Beschäftigungen, die Jugendliche allgemein in ihrer Freizeit gerne betreiben. Es wird hervorgehoben, dass es zum Islam gehört, Spaß zu haben und sich zu amüsieren.

Die Mitglieder der Gemeinde stellen sich als „normale“ junge Menschen vor, die auch einmal mit Problemen konfrontiert waren. Dadurch wird bei potenziellen Neumitgliedern eine eventuelle Hemmschwelle abgebaut, die Moschee zu besuchen, da ihnen vermittelt wird, dass sie dort auf junge Leute mit den gleichen Interessen und Erfahrungen treffen. Frauen werden wenn überhaupt überwiegend im Hintergrund gezeigt und kommen in den Beiträgen auch nicht zu Wort. Zielgruppe scheinen daher vor allem männliche Jugendliche zu sein. Aber auch für Familien werden die Ausflüge und Grillfeste als attraktiv dargestellt.

Die Videos richten sich sowohl an muslimische als auch nicht-muslimische Jugendliche. Muslime sollen über den Moscheebesuch zum Islam zurückfinden, während Nicht-Muslime ihn dort kennenlernen können. Beabsichtigt scheint dabei weitergehend ihr Übertritt zum Islam zu sein.

Oft wird betont, dass die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Muslime unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder Nationalität ist. In der Moschee seien viele verschiedene Nationalitäten vertreten, die alle durch den Islam miteinander verbunden sind. Auf diese Weise werden nicht nur Muslime einer Ethnie angesprochen wie es z. B. häufig bei türkischen Vereinen der Fall ist. Ethnienübergreifend ist dabei auch die Verwendung der deutschen Sprache in den Beiträgen. Den deutschen Zuschauern wiederum wird vermittelt, dass ihr Deutschsein kein Hindernis dafür ist, Teil der Gemeinschaft dieser Moschee zu werden. Somit richten sich die Videos an ein sehr breites Publikum.

Interessierten wird durch die Einblendung von Webseiten gleich eine virtuelle Anlaufstelle genannt, bei der sie sich über „den Islam“ informieren können. Dabei handelt es sich jedoch zum Beispiel um eine einschlägig bekannte salafistische Seite, auf der auch nur die salafistische Sicht des Islam und damit die der Moschee dargestellt wird.

Das in den Videos vermittelte Islambild ist geprägt von strikter Geschlechtertrennung und Einhaltung der traditionellen islamischen Kleidungsvorschriften – nicht nur für Frauen sondern auch für Männer, das heißt, dass sie z. B. keine kniefreien Hosen tragen dürfen. Es scheint auch eine Abgrenzung zur christlich geprägten Gesellschaft zu beinhalten. Der Verein plant, einen islamischen Kindergarten zu gründen, damit muslimische Eltern ihre Kinder nicht in übliche deutsche Einrichtungen schicken müssen, in denen sie „Schlechtes“ lernen wie christliche Feste. Für dieses Vorhaben bittet er um Spenden und die Unterstützung muslimischer Erzieherinnen.

Der Verein betreibt eine regelrechte Werbekampagne, um Jugendliche für die Moschee und den Islam zu gewinnen. Es werden sogar T-Shirts mit Aufdrucken versehen, die seine Botschaften vermitteln und von Mitgliedern in den Videos getragen werden. Die betont lockere und gemeinschaftliche Atmosphäre der Aktivitäten, die dem Zuschauer präsentiert wird, hat sicherlich eine gewisse Anziehungskraft auf junge Menschen, die etwas über den Islam erfahren wollen oder nach Anschluss an Gleichaltrige mit den selben Interessen suchen.

Die Gefahr dabei liegt in dem ihnen vermittelten salafistischen Islambild, das ihnen als der „wahre“ Islam präsentiert wird. Salafisten haben ein klares Schwarz-Weiß-Werteschema verinnerlicht. Dazu gehört, dass beispielsweise Demokratie und Gleichberechtigung als „unislamische Neuerungen“ abgelehnt werden. Salafisten vertreten eine sehr strenge Form des Monotheismus. Das Befolgen von Idealen außer dem Propheten Muhammad wird bereits als „Vielgötterei“ angesehen. Auch die reichhaltigen Traditionen von der Entstehung des Islam bis heute werden abgelehnt, darunter auch die vier sunnitischen Rechtsschulen. Schiiten gelten gar als Ungläubige. Salafisten zeichnen sich außerdem durch das strikte und wortwörtliche Befolgen religiöser Regeln aus. Diese entnehmen sie der eigenen Vorstellung nach nur Koran und Sunna, den Überlieferungen über Handlungen und Aussprüche Muhammads. Durch die als „da'wa“ bezeichnete Missionsarbeit sollen neue Anhänger gewonnen und die Gesellschaft von unten her umgestaltet werden. Endziel ist die Errichtung eines islamischen Weltstaates, der auf den Grundlagen von Koran und Sunna beruht.

Hierbei ist besonders bedenklich, dass die salafistische Ideologie zwar nicht offen zum militanten Jihad gegen die Ungläubigen aufruft, – gemeint sind hiermit alle Menschen, auch Muslime, die nicht der salafistischen Ideologie folgen –, jedoch auch keine strikte Ablehnung des Jihads propagiert. Grundsätzlich wird der Jihad, als Mittel zur Erreichung eines islamischen Staates, zwar nicht befürwortet, jedoch ist die Abgrenzung sehr schwammig und überlässt jedem Einzelnen seine eigene Interpretation. Dadurch kann eine Grundlage für jihadistische Gruppierungen geschaffen werden, die, insbesondere bei den durch die salafistische Ideologie geformten Jugendlichen, durch gezielte Indoktrinierung die Entscheidung zur Befürwortung des Jihad in ihrem Sinne beeinflussen können. Was als brüderliches Miteinander und Spaß am Islam begonnen hat, kann somit in der aktiven Beteiligung am militanten Jihad enden. Da dies für die angesprochene Zielgruppe nicht von Anfang an erkennbar ist, muss diese neuartige Form der Propaganda für den Islam als manipulative und in Teilen vielleicht sogar als gezielte Rekrutierungstaktik bezeichnet werden. Dabei achten die Moscheevereine sehr genau darauf, nicht öffentlich in Konflikt mit dem Gesetz und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu geraten, was die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden dieser Entwicklung entgegenzuwirken, schmälert. Nichts desto trotz widerspricht die salafistische Ideologie in Teilen dem Grundgesetz.

Selbstradikalisierung durch das Internet

Vor allem Jugendliche können sich jedoch auch ohne persönliche Kontakte zu islamistisch orientierten Kreisen durch jihadistische Propaganda-Seiten im Internet selbst radikalisieren und Anschläge planen.

Dort erhält man neben den Propaganda-Seiten, die die entsprechende Ideologie vermitteln, auch alle wesentlichen Informationen und Anleitungen zur Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen. Es fungiert so als eine Art „virtuelles Trainingslager“.

Die sogenannten Kofferbomber sollen zum Beispiel gezielt im Internet nach Informationen über den Jihad gesucht haben und nutzten dort eingestellte Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen für ihre geplanten Anschläge in Regionalzügen in Nordrhein-Westfalen im Juli 2006.

Diese Form der Selbstradikalisierung findet sich ebenso bei der Gruppe von Jugendlichen, die im September 2008 zwei Polizisten in Köln überfallen hat. Mit einem fingierten telefonischen Hilferuf sollten die Beamten in einen Hinterhalt gelockt und ihre Waffen entwendet werden. Mit den Waffen wollten die drei Jugendlichen dann amerikanische Einrichtungen in Deutschland angreifen. Sie hatten sich auf einschlägigen Seiten über das Thema Jihad informiert und schließlich den Plan für das Vorhaben entwickelt.

Von Bedeutung sind hierbei auch im Internet eingestellte Videos von Jihadisten aus Deutschland. Sie können bei jungen Muslimen den Wunsch wecken, selbst am Jihad teilzunehmen. Problematisch in diesem Zusammenhang ist es vor allem, wenn Jugendliche diese Jihadisten persönlich kennen, da sie aus derselben Stadt stammen und sie daher eventuell als Vorbilder betrachten.

6 Der zweite Wirtschaftsschutztag

Für den Verfassungsschutz ist die Bekämpfung von Wirtschaftsspionage seit langem ein vorrangiges Thema. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Innenministerium Nordrhein-Westfalen am 24. März 2009 den 2. Wirtschaftsschutztag im Innenministerium statt. Er war Bestandteil der Aktionswoche zur „Produkt- und Markenpiraterie“, die vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie unter Beteiligung der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums und der Industrie- und Handelskammern initiiert wurde. In zahlreichen Veranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen wurde die aktuelle Gefährdung hochinnovativer Produkte durch Plagiate verdeutlicht und deren Schutz durch wirksame Strategien zum Produkt- und Markenschutz vorgestellt.

Beim 2. Wirtschaftsschutztag im Innenministerium informierten Experten über die Gefahren, die von Wirtschaftsspionage, Sabotage und Extremismus für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ausgehen. Vorträge und Live-Demonstrationen klärten die Teilnehmer nicht nur über die aktuelle und künftige Bedrohungslage durch Wirtschaftsspionage auf, sondern auch über die Angriffsmethoden der Täter und wirksame Schutzmaßnahmen.

Ein wesentlicher Fokus stellte der Know-how-Abfluss in Unternehmen dar, der oft unbemerkt bleibt, aber zu erheblichen wirtschaftlichen, zum Teil auch existenzbedrohenden Schäden führt. Allein jeder fünfte deutsche Betrieb wurde nach Studien von Wirtschaftsprüfern und Beratungsunternehmen schon einmal Opfer von Spionage und jeder Dritte hatte bereits einen entsprechenden Verdacht. Der 2. Wirtschaftsschutztag bot den Teilnehmern so eine aktuelle Lageeinschätzung und Informationen über längerfristige Entwicklungen. Die vortragenden Experten machten die Gefahren durch zahlreiche Beispiele aus Ihrer täglichen Praxis greifbar und boten so erste Anhaltspunkte zur Umsetzung für einen wirksamen Unternehmensschutz.

Der 2. Wirtschaftsschutztag zog ein breites Publikum nordrhein-westfälischer, bundesdeutscher und internationaler Unternehmen an. Mit rund 170 Vertreterinnen und Vertretern aus Unternehmen und vereinzelt Sicherheitsbehörden wurde die Besucherzahl des ersten Wirtschaftsschutztages im Jahr 2006 übertroffen. Dies belegt in eindrucksvoller Weise den gesteigerten Informationsbedarf und den Willen der Unternehmen noch aktiver gegen Wirtschaftskriminalität und -spionage anzugehen.

In seiner Begrüßung warnte Innenminister Dr. Ingo Wolf vor der konkreten Bedrohung der Unternehmen durch Know-how-Abfluss und das besorgniserregende Ausmaß des Schadens. Experten schätzen den Plagiat-Schaden für Hersteller in Deutschland auf jährlich 30 Milliarden Euro, und Schäden durch Konkurrenzausspähung und Wirtschaftsspionage auf 10 Millionen Euro pro Schadensfall. Auch wenn aufgrund der hohen Dunkelziffer keine präzise Schätzung möglich ist, gilt es, diese volkswirtschaftlichen Schäden der Wirtschaft zu minimieren. Minister Dr. Wolf betonte, dass der 2. Wirtschaftsschutztag hierzu einen wichtigen Beitrag leistet.

Dr. Hartwig Möller (damaliger Leiter Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen) referierte über die Bedrohung der Wirtschaft durch Extremismus. Wie real diese Bedrohung ist, zeigte er anhand zahlreicher Beispiele auf. So können Unternehmen allein deshalb in den Fokus von Extremisten geraten, weil sie in einem Bereich tätig sind, der Berührungspunkte zu Themenfeldern von Extremisten aufweist. Auch Unternehmen aus einem Wirtschaftszweig, der aus Sicht der Extremisten über einen besonders hohen Symbolwert verfügt, sind potentiell gefährdet.

Günther Ennen (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) stellte anhand zahlreicher Beispiele nicht nur die vielfältige Bedrohung der IT-Sicherheit dar, sondern bot auch umsetzbare Schutzmaßnahmen an. In einer anschaulichen Live-Präsentation zeigte Tobias Schrödel (T-Systems Enterprise Services GmbH) anhand eindrucksvoller Live-Demonstrationen wie einfach es für Hacker ist, an wertvolle Unternehmensdaten zu gelangen. Nach der Demonstration haben die Teilnehmer eine geänderte Einstellung zu der Verwendung von USB-Sticks gewonnen. Tim Glaser (Deutsch-Chinesische Wirtschaftsvereinigung e.V.) analysierte in seinem Vortrag den Wirtschaftserfolg und die Handelsbeziehungen zu China und die Konsequenzen, die sich daraus im Geschäftsleben ergeben.

Anita Brandt-Zimmermann (Referatsleiterin Spionageabwehr Innenministerium Nordrhein-Westfalen) zeigte den Teilnehmern in ihrem Vortrag nicht nur aktuelle Präventionsmaßnahmen gegen Wirtschaftsspionage auf, sondern gab auch einen Ausblick zu zukünftigen Entwicklungen. Da Wirtschaftsspionage in zunehmendem Maße über das Internet auf die IT von Unternehmen erfolgt, ist zu erwarten, dass Angriffe immer massiver und die Methoden immer ausgefeilter werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich der Trend zur illegalen Beschaffung von Know-how noch verstärken. Der Verfassungsschutz bietet den Unternehmen vielfältige Möglichkeiten, um diesen Gefahren zu begegnen. Dabei ist er aber auf den ständigen Dialog mit der Wirtschaft angewiesen, um schnellstmöglich über neue Angriffsmethoden informiert zu werden, geeignete Abwehrstrategien zu entwickeln und diese in die Unternehmen zu transportieren. Behörden, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um mit dem technisch, insbesondere it-technisch versierten Angreifer auf „Augenhöhe“ zu sein.

Wolfgang Strasser (@-yet GmbH) belegte anhand vieler anschaulicher Beispiele aus seiner Beratungspraxis die dringende Notwendigkeit von Investitionen in Unternehmenssicherheit gerade auch in mittelständischen Unternehmen. Weil der Wert des Know-Hows oft verkannt wird, unterbleibt der notwendige Schutz. Dass er hier einen Nerv bei den Zuhörern getroffen hatte, belegten die vielen Nachfragen.

Michael Hochenrieder (HVS-Consulting GmbH) führte den Zuhörern eindrucksvoll anhand zahlreicher Videos vor, wie einfach es ist, in Unternehmen einzudringen um an sensible Informationen zu gelangen. Die Betroffenheit der Teilnehmer nach diesem Vortrag war deutlich spürbar.

Prof. Dr. Hartmut Pohl (Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg, Institut für Informationssicherheit) beeindruckte die Zuhörer am Ende der Veranstaltung damit, dass so gut wie jeder Computer angreifbar ist und gab mit seinen provokanten Thesen Anlass zu einer lebhaften Diskussion.

Die positive Resonanz auf den 2. Wirtschaftsschutztag machte deutlich, dass diese Veranstaltung das Informationsbedürfnis der Unternehmen nachhaltig erfüllt und dem Anliegen, Gefahren durch Know-how-Abfluss für die Unternehmenssicherheit nicht nur zu erkennen, sondern durch einen effektiven Unternehmensschutz auch zu vermeiden, mehr als erreicht hat.

7 Scientology

In letzter Zeit ist die Scientology Organisation in höherem Maße in den Fokus von Politik und Medien gelangt. Dementsprechend sieht sich der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen verstärkt in der Pflicht, im Rahmen seiner Zuständigkeit, d.h. soweit Sicherheitsaspekte betroffen sind, die Öffentlichkeit über die Gefahren durch Scientology aufzuklären. Vor dem Hintergrund erfolgt an dieser Stelle ein kurzer Abriss über die Position und Aktivitäten staatlicher Organe im Zusammenhang mit Scientology.

Die Scientology-Organisation steht seit 1997 im Blickfeld des Verfassungsschutzes, ihr gehören in Deutschland 5.000 bis 6.000 Mitglieder an, in Nordrhein Westfalen sind es etwa 400.

Die Scientology Organisation ist streng hierarchisch aufgebaut und wird weltweit aus den USA gesteuert. Sie verfügt über Strukturen mit totalitärem Anspruch und menschenverachtenden Tendenzen. Mit Hilfe ihrer offiziellen Niederlassungen und zahlreichen Tarnorganisationen strebt Scientology nach eigenen Aussagen die Führung der Gesellschaft an und verfolgt die Infiltration von Staat und Wirtschaft.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat im Februar 2008 die Beobachtung der "Scientology Kirche Deutschland e.V." (SKD) und der "Scientology Kirche Berlin e.V." (SKB) durch den Verfassungsschutz für rechtmäßig erachtet. Es hat die Bewertung der Verfassungsschutzbehörden bestätigt, dass die Lehre von Scientology die Einschränkung wesentlicher Grund- und Menschenrechte beinhaltet. Dies betrifft nicht nur die Individualgrundrechte der Menschenwürde, der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der Gleichbehandlung. Scientology strebt darüber hinaus eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen an.

Im vergangenen Jahr beschäftigte sich der Landtag Nordrhein-Westfalen ausführlich mit dem Thema Scientology und forderte die Landesregierung mit Beschluss vom 12. November 2008 (Drucksache 14/7785) auf, den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen, um Firmen und Betriebe vor einer Unterwanderung durch die Scientology-Organisation, insbesondere hinsichtlich ihrer Angebote von Management, Schulung und Werbung zu schützen.

Im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums kommt der Verfassungsschutz diesem Auftrag nicht nur durch Aufklärung der Kammern, sondern vor allem durch direkte Information an interessierte Unternehmen und Betriebe umfassend nach. Im Rahmen ihrer Sensibilisierungsvorträge zum Thema Wirtschaftsspionage (in diesem Jahr wurden bereits über 70 Vorträge vor mehr als 3.500 Unternehmens- und Verbandsvertretern gehalten) weist der Verfassungsschutz auf seine Aufklärungsarbeit über Scientology hin. Dies wird verbunden mit dem ausdrücklichen Appell, dieses Angebot zu nutzen. Hiervon machen die Unternehmen, aber auch interessierte Bürger, rege Gebrauch. Täglich gehen telefonische Anfragen zum Thema Scientology beim Verfassungsschutz ein. Es erfolgen auf Einladung auch Besuche in Unternehmen, um diese vor Ort aufzuklären.

Der Verfassungsschutz informiert über Gefahren von Scientology aber nicht nur in Form von individuellen Sensibilisierungsgesprächen, sondern auch durch Informationsveranstaltungen mit einem Vortrag als Schwerpunkt. Auf Wirtschaftstagungen der IHK Dortmund, die diese für ihre Mitglieder ausrichtet, erfolgten zu dieser Thematik vor eingeladenen Unternehmerinnen und

Unternehmern Vorträge durch einen Experten des Innenministeriums. Weitere Anfragen anderer Industrie- und Handelskammern liegen bereits vor.

Der Verfassungsschutz könnte Vorträge dieser Art auch vor anderen interessierten Kreisen halten, wenn diese das wünschen. Darüber hinaus wird derzeit eine Aufklärungsbroschüre erarbeitet, die in hoher Auflage gedruckt und verteilt werden wird. Zudem wird über Presseinterviews auf die von Scientology ausgehenden Gefahren für die Wirtschaftsunternehmen informiert.

